

Volkswacht

für Schlessen

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist in 32 Hefen unterteilt. Durch die Haupt-Expedition: Fürststraße 46, durch die Zweigstellen: Haupt-Expedition 28, bei Tante, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Frauenstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1.20 M., monatlich 5.10 M., vierteljährlich 15.30 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 M. (ohne Postgebühren), bei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.30 M.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 3.- M., auswärts 1.20 M., Anzeigen unter 10 Zeilen 2.25 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 M., Eisenarbeiten, Bekleidungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das selbe Wort 1.- M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum Vortage (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Amnestierung der Mordverbrecher.

Das Reichsgericht amnestiert die Mordverbrecher.

Die drei Mordverbrecher, die bisher als einzige im Gegensatz zu ihrem Herrn und Meister, dem im Verdacht der Erpressung und schwerer Rohheitsakte frei herumspazierenden Mord selbst zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurde, sind vom Reichsgericht amnestiert worden. Das hies- und stichfest Urteil des Breslauer Gerichts hatte zwei Rechtsgründe für die Bestrafung angeführt, von denen jeder allein die Anwendung der Amnestie unmöglich machen mußte: das Ergebnis der Beweisaufnahme, wonach für eine ganze Reihe von einzelnen Straftaten lediglich Rohheit als Beweggrund in Betracht kam und ferner die Feststellung, daß das Amnestiegesetz nur einen unmittelbaren Zusammenhang des Verbrechens mit der Kappade und ihrer Abwehr als Begnadigungsgrund gelten lassen könne. Das Reichsgericht hat bei diesem zweiten juristischen Gedankengang eingehakt und das Urteil aufgehoben. Den ersten Teil der Begründung hat es anscheinend überhaupt nicht beachtet. So handeln die höchsten Richter des Reiches!

Gleichzeitig wird in München festgestellt, daß der Mörder des unabhängigen Abgeordneten Gareis völlig unauffindbar ist. In Breslau aber beginnen heute vor dem Ausnahmegericht Verhandlungen gegen die kommunistischen Rindsköpfe, die selbstverständlich tugendweise als Schwerverbrecher zur Stelle gebracht worden sind und deren wirkungsloses Geschrei in ihren Blättern und in ihren Versammlungen blutig ernst genommen wird als Gefahr einer neuen Revolution in Schlessen. Wir stellen heute nur diese drei Tatsachen nebeneinander. Sie scheinen uns deutlich genug zu sprechen.

Die Wirkung der Mordreaktion

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)
Der Mörder des Unabhängigen Gareis ist noch nicht entdeckt. Der Polizeipräsident Pöchner entsetzt zwar eine lebhafte Tätigkeit, um alle Rundgebungen zu beschränken, die sich gegen den Mordtäter wenden. In seiner Hauptaufgabe aber, den Mörder des Gareis zu finden, ist er nicht einen Schritt weiter gekommen.

Die Beerdigung des Opfers der Reaktion findet heute Montag, nachmittags 5 Uhr, statt, aber bereits vormittags sollen Versammlungen aller sozialistischen Parteien in Sälen und auf der Theresienwiese stattfinden. Gegen diese Veranstaltungen legt der Polizeipräsident Pöchner seine Militärmaschine in Bewegung. Durch Plakate und Extrablätter macht er bekannt, daß die Polizeidirektion alle Maßnahmen getroffen habe, um die Versammlungen unter freiem Himmel zu unterbinden. Versuche der Gewerkschaftsleitungen, diese Verfügung zurückzunehmen, sind bisher erfolglos geblieben und es besteht große Gefahr, daß es am heutigen Montag zu schlimmen Ereignissen kommen kann, wenn die Polizei nicht Vernunft annimmt.

Die Stinnespresse verliert, den Umfang des Proteststreikes möglichst zu verkleinern. Wahrheit ist, daß in allen großen Betrieben Münchens, mit Ausnahme der lebenswichtigen, nicht gearbeitet wird, und daß die Zeitungen seit Sonnabend nicht erscheinen. Nur zwei kleine Lokal-Nachrichtenblätter und die sozialdemokratischen Zeitungen sind erschienen. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik heute Montag auf ganz Bayern übergreift.

In Berlin finden Protestkundgebungen gegen die Münchener Mordtat und das reaktionäre Regiment in Bayern ebenfalls Montag nachmittags um 5 Uhr statt. Die Mehrheitssozialisten werden sich in sechs großen Sälen versammeln und von dort aus einen gemeinsamen Anzug veranstalten. Die Unabhängigen versammeln sich um 5 Uhr auf dem Schlossplatz. Die Gewerkschaften fordern zur Teilnahme an diesen Kundgebungen auf. Der Abgeordnete Ledebour ist nach München zur Trauerfeier gereist.

Ein starkes Stück.

Jetzt auf der ersten Seite der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost“ prangt heute folgende Auslassung:
„Berlin, 12. Juni. (Drahtmeldung der „Schles. Tagespost“.) Aus Kreisen, die Münchener maßgebenden Stellen (!! Red. Volkswacht“) nahesehen, wird berichtet: Die fortwährende Untersuchung des an dem Abgeordneten Gareis begangenen Verbrechens fördert immer mehr Ansatzpunkte für den Verdacht, daß

Gareis auf Anklagen der Mehrheitssozialisten erworben worden ist. Innerhalb dieser Partei Münchens hatte man den Abbruch, den der geistig überragende Unabhängige den mehrheitssozialistischen Bestrebungen in wachsendem Maße verursachte, (Rückgang der USK, um 50 Prozent im letzten Münchener Berichtsjahre, gleichzeitig Wachsen der SPD. Red. Volkswacht) längst mit heimlicher Bitterkeit vermerkt. Diese Tatsache legte den Gedanken nahe, den unbedeutenden Mann als Opfer auszuwählen, nachdem man einmal entschlossen war, die Erregung der Massen durch ein Verbrechen aufzuwecken, um durch das Druckmittel des Generalfreistrits die bürgerliche Regierung zu stützen,

weil gleichmäßige Wege offensichtlich nicht zu diesem Ziele führen könnten. In welcher Weise man vorgeht, um den Verdacht der Täterschaft von der eigenen Fraktion auf die Rechtsnationalen abzuwenden, wird hoffentlich durch die Untersuchung eingehend aufgeklärt werden.“

In München selbst wird man solches Zeug kaum zu behaupten wagen. Die Mordbege der Rechtspresse in den letzten Tagen ist dort in aller Gedächtnis. Wir machen unsere Münchener Genossen darauf aufmerksam, welche Spitzelmasche ihre amtlichen Stellen in anderen Orten zu verbreiten wagen, vorläufig durch kleine Balkenblätterchen, in Kürze vielleicht auch in der weitesten Öffentlichkeit.

Freispruch auch im 5. Kriegsverbrecherprozeß.

Im Prozeß Ramdohr wurde Sonnabend nachmittags das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichsstafie auferlegt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

In der Urteilsbegründung führte der Senatspräsident Dr. Schmidt u. a. folgendes aus:

„Mag auch Anlaß zu dem dringenden Verdacht vorgelegen haben, daß der Angeklagte bei der Vernehmung der jugendlichen Personen, um sie zu Zugeständnissen zu bringen, unerlaubten Zwang angewendet habe, was durch den § 343 des Reichsstrafgesetzbuches als schweres Verbrechen mit Zuchthaus bestraft wird, so ist doch kein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall erbracht worden. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen im einzelnen und in ihrer Gesamtheit ist auf das wesentlichste beeinträchtigt durch die Feststellung, daß eine ganze Reihe von Zeugen bewußt oder unbewußt die Unwahrheit gesagt haben bei der Schilderung von Vorgängen, die sich nicht ereignet haben können. Die Zeugen standen in einem Alter, das aus psychologischen und physischen Gründen geeignet ist, ihre Glaubwürdigkeit herabzusetzen. Die Angaben der Kinder haben keine Unterstützung gefunden durch den objektiven Befund, wie er durch die Akte geschildert worden ist. Sehr schwerwiegend war auch die Aussage der mit der Überwachung der Gefangenen speziell beauftragten Zeugen, denen nicht eine einzige Klage zu Ohren gekommen ist, oder daß der Angeklagte Verdächtige widerrechtlich der Freiheit beraubt habe. Es ist nicht zweifelhaft, daß er objektiv zur Festnahme der jugendlichen Täter insoweit berechtigt war, als er einer Präventivmaßregel zu bedürfen glaubte, um die Wiederholung von verbrecherischen Anschlägen auf die Eisenbahn zu verhindern. Von dieser Absicht wurde Ramdohr in der Hauptsache geleitet und es ist ihm nicht zu widerlegen, daß er völlig davon durchdrungen war, gänzlich dazu berechtigt zu sein, wenn er die Verhafteten bis zur Abgabe an die befugte Stelle glaubte festhalten zu müssen. Das Gericht ist überzeugt, daß der Angeklagte pflichtgemäß zu handeln glaubte, ist das aber der Fall, dann entfällt die Strafbarkeit seiner Handlungen, denn es scheidet das Moment der bewußten Widerrechtlichkeit aus.“

Sozialdemokratische Forderungen an die Justiz.

Bei der Beratung des Justizetats wurden von sozialdemokratischer Seite folgende Anträge gestellt:

„Die preussischen Gefängnisverwaltungen dürfen die Ausführung von Arbeiten außerhalb ihres eigenen Bedarfs und zu Kultivierungszwecken nur zu Bedingungen übernehmen, denen die Löhne der freien Arbeiter des in Betracht kommenden Berufes zugrunde gelegt sind.“

Außer dem vorstehenden Antrag wurde nachstehender Antrag angenommen:

„Bei Strafen über 6 Monate ist das Körpergewicht jedes Strafgefangenen bei seiner Aufnahme und fortlaufend in monatlichen Zwischenräumen festzustellen und jedem Gefangenen sofort mitzuteilen.“

Annahme fand weiter ein gemeinsamer Antrag, der sich ursprünglich gegen Klagen von sozialdemokratischer Seite richtete, den aber abgelehnt keine Veranlassung vorlag:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen Gerichtsurteile oder richterliche Handlungen erhoben werden, durch das Justizministerium sofort einer Nachprüfung in der Richtung unterzogen werden, ob die in der Öffentlichkeit ausgesprochenen Vorwürfe den Tatsachen entsprechen, sowie, daß die Öffentlichkeit stets mit größter Beschleunigung über den wahren Tatbestand aufgeklärt wird.“

Von den abgelehnten Anträgen verdient der folgende vermerkt zu werden:

„Den Justizminister aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten, nachdem in Abänderung des G. V. G. hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtsassessorprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, die nicht den bisher vorgeschriebenen Ans-

Nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch das Zentrum mit samt seinen Arbeitervertretern stimmten gegen den vorstehenden Antrag.

Erfreulicherweise fand der folgende deutschnationaler Antrag außerhalb dieser Partei keine Unterstützung:

„Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, sich dafür einzusetzen, daß die zur Zeit bestehenden Beschränkungen in der Zulassung der Rechtsanwälte bei den Kaufmanns- und Gewerbergerichten unverzüglich aufgehoben werden.“

„Räumungspläne“ der Interalliierten Kommission?

Die Interalliierte Kommission verhandelt gegenwärtig inoffiziell anscheinend zu gleicher Zeit mit den Insurgenten und mit dem Selbstschutz über die Räumung des Abkimmungsgebietes von allen „bewaffneten Zivilisten“. Soweit ihre Absichten erkennbar werden, wünscht sie wohl einen fast gleichzeitigen Rückzug der Insurgenten und des Selbstschutzes in möglichst kurzen Fristen.

In der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens wird der Vorschlag, den Selbstschutz im gegenwärtigen Augenblick zurückzuziehen, mit großer Beforgnis aufgenommen. In den Kreisen des Zwölferausschusses der deutschgefinnten Bevölkerung Oberschlesiens, in dem bekanntlich alle Parteien und Gewerkschaften des Landes vertreten sind, wird der Standpunkt vertreten: wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen und der Rechtszustand wieder hergestellt sei, sei die Auflösung des Selbstschutzes, der dann seinen Zweck erfüllt habe, selbstverständlich. Dieser Zeitpunkt sei aber erst gekommen, wenn die Insurgenten tatsächlich entwaffnet und die Zehntausende über die Grenze gekommenen polnischen Soldaten und Bandenmänner entfernt seien. Und wenn die Grenze gegen Polen wirksam und lückenlos gesperrt sei. Voraussetzung sei auch die Bildung einer Polizeitruppe mit fester zentraler Leitung aus solchen Leuten, die sich in keiner Weise an dem polnischen Aufstand beteiligt hätten. Auch die englischen Zeitungen betonen, daß gegenwärtig die grüne Apo-Uniform von Tausenden von Insurgenten getragen wird. Dazu kommt die Gefahr des Le Ronb'schen Planes, „Ortswehren“ oder „Gemeindefwehren“ einzusetzen, die in zahlreichen ländlichen Bezirken Oberschlesiens und einem Teil des Industriegebietes wieder nur die Insurgenten umfassen und diesen die weitere Bewaffnung in „rechtmäßiger“ Form sichern würden. Eine solche Form polizeilicher Sicherung wird von der deutschen Bevölkerung als schwerste Bedrohung abgelehnt. Als Voraussetzung der Wiederkehr des Rechtszustandes wird auch die Einleitung von Strafverfahren gegen die am Aufstand Schuldigen angesehen. Nachdem Oberschlesien jetzt in kurzer Zeit drei schwere Aufstände mit immer größeren Blutopfern durchgemacht habe, glaubt man durch eine allgemeine Amnestie jeden Rest von Rechtsgefühl zu gefährden. Schließlich ist man sich auf deutscher Seite einig über die Notwendigkeit, die von den Insurgenten geschaffenen Verwaltungseinrichtungen, durch die die Polonisierung Oberschlesiens auch in den Kreisen mit deutscher Mehrheit erreicht werden soll, zu beseitigen, ehe die deutsche Bevölkerung auf ihren Selbstschutz verzichten kann, und ebenso über die Notwendigkeit, ausreichenden militärischen Schutz gegen nationalen Terror zu garantieren, der die deutschen Arbeiter in einer Reihe von Großbetrieben an der Arbeitsaufnahme hindert.

Es dürfte sich in diesen Tagen entscheiden, ob die Interalliierte Kommission bereit ist und sich auch schon in der Lage fühlt, solche Garantien für Leben und Sicherheit der deutschen Bevölkerung zu bieten, und ob sie bereit ist, die Beruhigung des gequälten Volkes dadurch zu fördern, daß sie ihm durch geeignete Instanzen die Möglichkeit gewährt, sich von der Erfüllung dieser Forderungen zu überzeugen.

Die gewalttätige Polonisierung des Aufstandsgebietes.

RTB. meldet aus Katowitz: In den Städten und Dörfern des von den Insurgenten besetzten Gebietes werden die Bewohner durch Androhung schwerer Strafen gezwungen, die polnische weikrote Flagge zu hissen. Sind die Strafen dann gefällig, so erscheinen Photographen, um Aufnahmen zu machen, die dem Auslande, der Interalliierten Kommission und den neutralen Pressevertretern als Beweis für die polnische Gesinnung Oberschlesiens dienen sollen. So prangen Bismarckstraße und Jelenze seit den letzten Tagen in den weikroten Farben. Beide Orte haben bei der Abkimmung eine große deutsche Mehrheit ergeben.

Es ist eine Verordnung ergangen, die in wortgeiziger Weise festlegt, wie folgt lautet: Verordnung! Es wird hierdurch verordnet, daß alle Aufschreiben und Firmenblätter der Kaufleute, die in deutscher Sprache geschrieben sind, bis zum 27. Juni d. J. in polnische umgeändert werden müssen. Das ist zu tun auf totem Untergrund mit weißer Aufschrift. Wer sich dieser obigen Verordnung widersetzt, wird bestraft mit 5000 bis 10 000 Mark Geldstrafe oder mit 1 bis 3 Monaten Gefängnis. Breslau, den 2. Juni 1921. (Orig.)

Es ist eine Verordnung ergangen, die in wortgeiziger Weise festlegt, wie folgt lautet: Verordnung! Es wird hierdurch verordnet, daß alle Aufschreiben und Firmenblätter der Kaufleute, die in deutscher Sprache geschrieben sind, bis zum 27. Juni d. J. in polnische umgeändert werden müssen. Das ist zu tun auf totem Untergrund mit weißer Aufschrift. Wer sich dieser obigen Verordnung widersetzt, wird bestraft mit 5000 bis 10 000 Mark Geldstrafe oder mit 1 bis 3 Monaten Gefängnis. Breslau, den 2. Juni 1921. (Orig.)

Aus dem Reich.

Der deutsche und der französische Wiederaufbauminister verhandeln.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die erste Zusammenkunft zwischen einem deutschen und einem französischen Minister soll am Dienstag in Sèvres zwischen Rathenau und Loucheur stattfinden. Gegenstand ihrer Besprechungen soll der Versuch sein, einen anderen Weg für die Wiedergutmachungszahlungen an Stelle der 26 vollen Anleiheausgaben zu finden.

Eine Rede Löbes für die Wagnon-Gefangenen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Rundgebungen für die Gefangenen in Wagnon hatte am Sonntag im Lustgarten zehntausende von Berlin, meistens der Arbeiterbevölkerung Angehörige, zusammengebracht. Die Teilnehmer riefen mit Musikstücken an. Die Feier wurde mit Liedern der Arbeiterjugend eröffnet, an die sich die Reden von Vertretern aller Parteien schlossen. Reichstagspräsident Löbe appellierte vor allem an den Präsidenten der französischen Republik. Er möge das große Verzeihungswort zwischen den beiden Nationen fördern, indem er mit einem Federstrich die 115 Gefangenen befreie, wie es bereits mit den Bayern geschehen ist, und wie ja auch Deutschland alle Gefangenen entlassen habe. Die Rundgebung verlief ohne Störung in voller Einmütigkeit.

Aus der R. P. D. ausgetreten.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

In Köln in Westfalen sind die kommunistischen Stadtverordneten in den Schoß der Unabhängigen Partei zurückgekehrt, weil sie mit der Parteiführung nichts zu tun haben wollten. Dieser Vorgang ist eine Folge des diesjährigen Putschs, der den kommunistischen Mitläufern die Augen über die Ziele gewisser Arbeiterführer öffnete.

Die Beratung des Domänenetats.

Nach Erledigung des Justizetats begann der Hauptausschuß des Landtages am Sonnabend mit der Beratung des Domänenetats. Genosse Peters wies darauf hin, daß der Pachtervertrag aus verpackten Domänen pro Hektar im Durchschnitt 46 Mark betrage, während sonst der Pachtpreis auf viele hundert, ja sogar tausende von Mark laufe. Er verlangte, daß endlich dem Belieben der Landesversammlung vom vergangenen Jahre zum mindesten nachschüssige Rechnung getragen und angeordnet wird, die Pacht in Naturalabgaben zahlen zu lassen. Bei gutem Boden würde etwa 1 Zentner Getreide pro Morgen zur Ablieferung gelangen müssen. Durch eine derartige Maßnahme soll unabhängig von Steigen und Fallen der Preise wenigstens eine annähernd gerechte Pacht erzielt werden. Idealerweise sei natürlich die immer weitere Ausdehnung der Selbstbewirtschaftung der Domänen. Genosse Peters rügte dann, daß nicht genügend Eindeichungsarbeiten, die wertvolles Land und den Arbeitlosen Arbeit bringen würden, vorgenommen worden sind, trotzdem das Reich bei entsprechender Leistung Preussens 2 1/2 Millionen Mark für die Eindeichungen in Schleswig-Holstein zur Verfügung stellt.

Die Deutschnationalen brachten im Hauptausschuß folgenden Antrag ein, der eine Hinterlassenschaft des Genossen Braun beiseite zu lassen und von dem jetzigen Landwirtschaftsminister fordert: Die Verfügung vom 24. März 1921 betr. Erhöhung der Domänenpachtpreise sofort wieder aufzuheben, von besonderen Jahresausgleichsjahren für nur 1915 festgesetzte Verpachtungen überhaupt abzusehen und höchstens für die noch laufenden Pachterträge eine Erhöhung des Pachtpreises von 50 Prozent bis höchstens 100 Prozent durchzuführen zu wollen.

Zugleich sind Zuschläge zu den Pachten von 200 Prozent eingeholt, die bei alten Pachtungen noch um weitere 47 Prozent und bei Neupachtungen um Zuschläge bis zu 50 Prozent erhöht werden können. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kauffhold griff diese Erhöhungen an und zeigte an einem Beispiel, daß der Pachtertrag von früher 25 000 Mark den Bestimmungen des Landwirtschaftsministers entsprechend auf 109 000 Mark gestiegen ist. Der deutschnationale Redner forderte anschließend die Durchführung von Kultivierungsarbeiten in umfangreichem Maße wie bisher. Zum Schluß wandte er sich scharf gegen die Entwürfe auf Selbstbewirtschaftung der Domänen.

Genosse Weber verlangte von dem Landwirtschaftsminister Auskunft bezüglich der Anstellung der Domänen und der Abgaben von Land an die Siebler. Weiter fragte er, ob der Reingewinn der Siebungsgesellschaften nur zu gemeinnützigen Zwecken Verwendung findet. Eine scharfe Kontrolle dieser Gesellschaften erzeuge heute besonders notwendig.

Ein Vertreter der Jungsozialisten.

Anlässlich des Reichsjugendtages rief der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Ein-

vernehmen mit dem Parteivorstand für Freitag, den 29. Juli, nachmittags 3 Uhr, nach Bielefeld einen Vertretertag der jungsozialistischen Gruppen der SPD. ein mit folgender Tagesordnung:

1. Der Stand der jungsozialistischen Bewegung (Berichterstatter Weimann).
2. Unser Wollen (Referent Müller-Wagdeburg, Bach-Stuttgart). Zur Teilnahme an der Konferenz wählen die örtlichen Gruppen entsprechend ihrer Mitgliederzahl Delegierte, deren Adressen bis zum 10. Juli dem Zentralbildungsausschuß mitzuteilen sind, damit die Mandate überhandt werden können. Die Teilnahme an der Konferenz ist nur den mit Mandaten versehenen Delegierten möglich.

Alle näheren Einzelheiten über die Konferenz sind aus dem Einladungsschreiben zu ersehen, das der Zentralbildungsausschuß an die örtlichen jungsozialistischen Gruppen geschickt hat. Gruppen, die dieses Schreiben noch nicht erhalten haben oder neu gegründet sind, wollen es sofort vom Zentralbildungsausschuß einfordern.

Gleichzeitig gibt der Zentralbildungsausschuß zur Verbreitung der Bielefelder Tagung eine Festschrift heraus, in der alle Fragen jungsozialistischen Wollens erörtert werden sollen. Die Schrift wird bereits Anfang Juli erscheinen. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Die Volksfürsorge

hielt am 3. Juni im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. ihre achte Generalversammlung ab, über die wir erst heute zu berichten in der Lage sind.

Der Vorsitzende Bauer-Berlin eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß nach der Feststellung des angewandten Kollats G a b o r g 137 Aktionäre mit 689 000 Mark Aktienkapital vertreten waren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten des im November vorigen Jahres verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Adolf Seifert, Geschäftsführer der Volksfürsorge, die er das verlorene Geschäftsjahr unter Bezugnahme auf den gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1920 die Gesellschaft eine außerordentlich gute Entwicklung genommen hat. Während in den Kriegsjahren nur sehr schwer vorwärts zu kommen war, ist seit Beendigung des Krieges ein zunehmender Aufschwung eingetreten. Im Jahre 1918 konnten 70 665 Anträge mit einer Versicherungssumme von über 23 Mill., 1919 155 991 Anträge mit mehr als 91 Millionen und 1920 234 764 Anträge mit über 315 Mill. Mk. Versicherungssumme herangebracht werden. Entsprechend diesem Neuzuwachs sind die Einnahmen und die Prämienleistungen gewachsen. Eine notwendige und erfreuliche Steigerung hat auch die durchschnittliche Versicherungssumme aufzuweisen: während bis zum Ende des Krieges diese noch 240 Mk. betrug, ist sie in den letzten Monaten auf 1700 Mark gestiegen. Die Erhöhung der Durchschnittsvericherungssumme ist eine notwendige Folge der Geldentwertung, der Verteuerung der Lebenshaltung und der demzufolge eingetretenen Steigerung der Löhne. Durch die Steigerung der Versicherungssumme war es möglich, die wachsenden Verwaltungskosten tragen zu können. Wie schwer gerade auf dem Versicherungsgeschäft die erhöhten Kosten lasten, beweist das Schreiben der Konkurrenzgesellschaften, das Volksfürsorge nicht mehr zu propagieren, ja sogar abzubrechen. Die Folgen kommen auch in den allmählich erwiderten Dividenden, in einem Falle sogar in der Unmöglichkeit, eine Dividende verteilen zu können, zum Ausdruck. Wenn es der Volksfürsorge auch in diesem Jahre möglich ist, 5 Prozent Rückvergütung zu gewähren, so nur durch eine planmäßige Sparmaßnahme und teilsfristige Unterbrechung und Mitarbeit. Den Aktionären können auch in diesem Jahre die leistungsmäßigen Zuführungen, zuzüglich der Organisationsfonds erhöht nur 34 251 Mark, womit er die festgesetzte Höhe von 200 000 Mark wieder erreicht hat.

Die Versammlung beschließt einstimmig, die Bilanz als richtig anzuerkennen und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.

Selbstlos wurde den Ueberichung von 1 606 074,98 Mark gemäß § 36 des Gesellschaftsvertrages, wie folgt zu verteilen:

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 1. dem gesetzlichen Reservefonds 5 v. H. | 80 303,70 M. |
| 2. dem Organisationsfonds | 34 251,21 " |
| 3. dem Kriegserlösfonds 5 v. H. | 80 303,70 " |
| 4. dem Fonds für besondere Notfälle 5 v. H. | 80 303,70 " |
| 5. den Aktionären an Zinsen für das noch eingezahlte Aktienkapital | 40 000,00 " |
| 6. der Gewinnreserve der Versicherer 5 v. H. der 25 910 335,60 Mark betragenden Jahresprämien der mit Gewinnbeteiligung Versicherer | 1 250 529,78 M. |

Der Rest von 40 381,99 Mark ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Zum Revisor wurde B a c k e i n - Hamburg einstimmig wiedergewählt.

Als Ergänzung für Herrn Reudel-Hamburg, der an Stelle des verstorbenen Herrn Seifert als ordentliches Mitglied in den Aufsichtsrat eingetreten ist, wurde Herr Henry C o e r t l i n g - Hamburg gewählt.

Er lagen sodann drei Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrates vor, und zwar:

1. Den Geschäftsbetrieb der Volksfürsorge auf alle Arten der Lebensversicherung auszuweiten,

Hungerland.

Von Georg Berner.

16] (Kampfbuch verboten.)

Blasfeme sah den Steiger ganz unterwürdig an. Von seinem großen Maul war nichts zu hören. Die einzige Beteiligung bestand aus großen Schäumen Karls darin, daß er sagte, die anderen wollten weniger deswegen mit ihm nicht arbeiten, weil er sozial kämpfte, sondern weil er allen ihren Jureken, sich im „roten Verbund“ zu organisieren, nicht folge. Besonders Bergmann, der ja Vertrauensmann sei, ließe ihn keinen Tag in Ruhe.

Steiger schaute langsam eine Welle Hill, dann wandte er sich an St. G. und sagte: „Na, Bergmann, was sagst du nun?“

„Tragen Sie Böhm,“ antwortete dieser, „ob ich das getan habe.“

Karl rief dann auch sofort bezwungen: Herr Steiger, das ist nicht —, weiter kam er nicht, denn der Steiger wollte ihn energisch ab und sagte kurz und scharf:

„Vorläufig bleiben Sie zusammen. Sie müssen sich vertragen.“

Als die beiden weg waren, bemerkte er in fremdsprachlichem Tone:

„Böhm, nun sagen Sie morgen dem Bergmann, Blasfeme kommt am Erben weg. Wissen Sie, ich kann auch nicht, wie ich gern möchte. Aber halten Sie den Mund darüber.“

Und als hätte er parallel gesagt, drehte er sich um, postete seine Nähe und ging aus der Stube.

Karl hatte bisher der Organisation der Arbeiter wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es war zu jener Zeit sehr gefährlich, der Organisation anzugehören. Allgemein war es bekannt, daß die Steiger die Gewerkschaftler in jeder Weise verfolgte, bekräftigte und auf alle Arten schikanierte, um sie aus der Organisation herauszuwerfen.

Wenn die Gewerkschaftler nicht konnten, der er sah auch nichts von der Organisation. Nicht das Gerücht wurde er gewarnt. Lange Zeit in Paris über wurden Arbeiter in Ruhe gelassen, da immer der (man) für die Notwendigkeit der Organisation noch abging, da aber auch dem von ihnen gar zu leicht zu unter-

drachten Wort gejagt werden konnte. Bei Karl kam noch hinzu, daß er beim Steiger am Monatslohn haß, mit dessen Jungen verkehrte, so daß man schon deshalb ihn gegenüber schweig.

Auch zu Hause hatte er in den letzten Jahren nichts mehr von Verbund gehört. Wie der Vater noch lebte, war wohl manchmal davon die Rede gewesen. Aber Karl verstand dochmal hiervon noch nichts. Hinzu kamen die Reden der Mutter, die die Organisation als etwas Unrechtes hinstellte, so daß er sich schon aus dem ihm unbewussten Gedanken heraus, zwischen Vater und Mutter nicht Partei nehmen zu müssen, um die Sache nicht komplizieren.

Er hatte wohl schon Andeutungen gehört. Sein Onkel Kranke gehörte der Organisation an, aber er glaubte das nicht. Sein Onkel war kein Sozialdemokrat, der teilen wollte, das war ein ganz andersartiger Mensch. Er trug ordentliche Kleidung, sprach und sprach wenig, und das widersprach doch allem, was er bis jetzt über diese Leute gehört hatte. Solche Menschen würden doch die Steiger nicht verfolgen.

Er hatte der ganzen Sache bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt, und wenn er mit anderen Vorhändlern zusammen war, genau wie diese das Wort Sozialdemokrat gebraucht, wenn sie einen recht verdampten niederländischen Reizigen kennzeichnen wollten. Der Bergarbeiterverband in Bochum aber war die Sozialdemokratie. Das war etwas Selbstverständliches für ihn.

Karl fühlte nun, wie er die Worte Blasfemes hörte, daß er seinen Vorhändlern nach über den Verbund für Blasfeme Stellung nehmen müsse. Aber alles andere in ihm sprach für Bergmann und die verdampten Kameraden. Das es heimliche Gefelle waren, ja das konnte. Aber klüger waren sie nicht. Im Gegenteil. Der schwarze Witmer hatte zwar schon im Kopfe gesehen. Karl sah konnten die Anführer über die Sozialdemokraten schon eher zutreffen. Aber Bergmann und der andere waren grundsätzliche Menschen, gute Kameraden, die wenig flüchten und handeln und nicht auch nicht teilen wollten. Diese Gedanken schoben Karl durch den Sinn.

Und dann die Worte des Steigers. Wenn er sonst von den anderen Vorhändlern hörte, wie deren Steiger hinter den Organisationsher waren, wie sie diese in die schäblichsten Betriebspunkte schickten, so recht was verdient wurde, sagte er stets, in seinem Reiz gab es gar keine Ver. Jähler. Das läge ganz allein am Steiger. Dieser würde so etwas gar nicht annehmen lassen. Ja, er hatte vorher behauptet, er würde ganz genau, daß Steiger

2. Das Grundkapital der Gesellschaft um 2 Millionen Mark zu erhöhen, und

3. den Gesellschaftsvertrag entsprechend abzuändern.

Zu diesen Anträgen berichtete Reife, daß schon seit Jahren von vielen Seiten der Wunsch geäußert wurde, unter Betrieb auf die sogenannte Großlebensversicherung auszuweichen. Unter Berücksichtigung, daß für uns die Volksversicherung (Kleine Lebensversicherung) immer unser hauptsächlichstes Feld bleiben wird, haben doch die veränderten Verhältnisse die Erweiterung der Versicherungsmöglichkeit als eine Notwendigkeit erfordert. Bei der enormen Geldentwertung genügt einem großen Teil der minderbemittelten Bevölkerung eine Vermögenssumme von 5000 Mark (die höchstzulässige in der Volksversicherung), nicht mehr. Die bisherige Entwicklung der Volksfürsorge bietet die beste Garantie, so daß der Geschäftserweiterung keine Bedenken entgegenstehen. Versicherungen werden demnach nach Tarif D von 5000 bis 20 000 Mark ohne ärztliche Untersuchung und nach Tarif M von 5000 Mk. an mit ärztlicher Untersuchung abgeschlossen werden können. Für die nach Tarif D Versicherten besteht eine Karenzzeit von 2 Jahren, jedoch soll beim Tod durch Unfall sofort die volle Versicherungssumme und bei einem Ableben des Versicherten im zweiten Versicherungsjahre die Hälfte, mindestens aber 5000 Mark, zur Auszahlung gelangen. Die Prämien werden nicht, wie bei der Volksversicherung kassiert, sondern sollen von den Versicherten direkt an das Hauptbüro eingekandt werden. Die Prämien sind für ein Jahr zu entrichten, doch kann auch halbjährlich oder vierteljährliche Zahlungen, gegen Vergütung der Mehrkosten gewährt werden.

Der zweite Antrag, auf Erhöhung des Aktienkapitals, ist die notwendige Folge der Geschäftserweiterung, ebenso die beantragte Veränderung des Gesellschaftsvertrages.

Nach längerer Aussprache ergab die Abstimmung die Annahme der drei Anträge mit mehr als Dreiviertel der abgegebenen Stimmen.

Die nunmehr beschlossene Geschäftserweiterung wird, nachdem das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung die Genehmigung erteilt und die gerichtliche Eintragung erwirkt ist, der Volksfürsorge eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit eröffnen, die weiten Volkstreffen zum Segen gereichen wird.

Ausland.

Die bedauerliche Volksabstimmung.

In der „Neuen Züricher Zeitung“ lesen wir:

Stephane Lauzanne hat es im „Matin“ der Raunenenden Welt verkündet: Clemenceau ist schuld daran, daß Oberstleuten den Polen entzogen wurde! Jawohl, die 12 000 französischen Jäger, die jetzt dort draußen das unantworbare Amt der Ordnungsmacher versehen, verdanken dieses „meiner imbecille et lamentable“ nur der bekannten Schwäche des Jigre, der im Juni 1919 den Präsidenten Wilson verließ, um Lloyd George zu folgen. So hat Lauzanne stellt es schmerzvoll und in erblicher Entrüstung fest, Frankreich den Deutschen das Plebiszit gesichert. Und es war doch alles schon in bester Ordnung. Eine Unterkommission hatte in der Friedenskonferenz beantragt, ganz Oberstleuten aus ethnographischen, geographischen und historischen Gründen den Polen zuzuteilen. Ebenso einstimmig genehmigte die Konferenz, deren Beratungen nur hüten von Sachkenntnis getrübt waren, diesen Vorschlag — bis nach Poincare ein „lapidarer Satz“ Brodoff-Ransaus das Gewissen der Staatsmänner in Aufrubr brachte: „Deutschland kann Oberstleuten nicht entbehren, Polen dagegen wohl.“ Lloyd George horchte auf und begann, sich für das Problem zu interessieren. Im Obersten Rat vertrat er den deutschen Standpunkt. Clemenceau den polnischen; Orlando Schweg und Wilson offenbarte seine stärkste Seite: den Starrsinn. Was einmal angenommen ist, bleibt Gesetz! Aber es blieb nicht Gesetz — car M. Clemenceau tacha... et lora ainsi la Haute-Silésie aux terribles balards d'un plebiscite pour la France, en fin de compte, a l'Allemagne.“

So berichtet Stephane Lauzanne mit innerem Schauer im „Matin“. Schon früher einmal stellte er die Frage, warum man dieses Plebiszit nachträglich erlaubt habe, da es doch heute zum Ursprung aller Schwierigkeiten geworden sei! Eine jammervolle Logik für einen Publizisten, der im Dienste des Rechtes und der Gerechtigkeit zu handeln vorgibt, während er doch ebenso einseitige Interessen vertritt, wie die allwissenden Schreier. Kennt der „Matin“ die Abstimmungszahlen aus Oberstleuten nicht? Sind sie ihm nicht Beweis genug dafür, daß jede andere Lösung als die Volksbefragung eine Vergewaltigung gewesen wäre? Wenn französische — und italienische — Soldaten heute in Oberstleuten ihr Leben hergeben müssen, so trifft die Hauptschuld daran die polnischen Inturgenten, die sich über das Plebiszit glauben gewaltig hinwegzusetzen. Und wenn, so schließt das führende Schweizerblatt, Clemenceau niemals für diese Abstimmung eingetreten ist, wie Stephane Lauzanne aus den Protokollen des Quai d'Orsay glaubt schließen zu müssen, so ist ihm das nicht als Verrat, sondern als gerechte Tat hoch angerechnet.

Aus Wilna.

Die in Brüssel unterbrochenen polnisch-litauischen Verhandlungen sollen nach einer Meldung des „Kurjer Poranny“ am 21. Juni in Genf wieder aufgenommen werden.

Günther, wenn er gewahrt würde, daß er Sozialdemokraten im Reiz habe, ganz scharf gegen diese vorgehe. Und nun sprach der Steiger so. Gut, das es niemand von seinen Freunden gehört. Die hätten ihn sicher damit aufgezogen. Und weiter flogen keine Gedanken. Die hätten auch sicher zu Hause davon erzählt, waren es doch Beamtenlöhne. Ja! So! Deswegen hatte auch Steiger Günther gesagt: „Halten Sie den Mund darüber.“ Hin und her überlegte er. Zum Schluß sagte er sich, daß der Steiger ein ganz gefährliches Spiel treibe. Wenn das herauskam, was er wahrscheinlich am längsten Steiger gewesen. Seiner Meinung nach hatte der Steiger die unbedingte Verpflichtung, wenn von oben herunter gewünscht wurde, die Verhandler zu beschimpfen, es auch zu tun. Wenn auch einige Vorhändler, wie zum Beispiel sein Kamerad Bergmann, darunter waren, so durfte er auf diese keine Rücksicht nehmen. Er war eben Steiger und mußte die Interessen der Grube vertreten. Seine Hochachtung vor Steiger Günther, den er bisher als einen der besten und tüchtigsten Menschen angesehen hatte, begann zu schwanken.

Die nächsten Wochen wollte Karl ganz besonders aufpassen, ob er an seinen Kameraden nichts von der Schlichtigkeit bemerkte, die die Sozialdemokraten an sich haben. Aber die Arbeit ging in der bisherigen Weise weiter. Blasfeme kam weg und der Friede und die Eintracht in der Kameradschaft waren hergestellt, daß er zufrieden war. Da auch in keinem Besten nichts vom Verbund gesagt wurde, glaubte er sogar, Blasfeme habe gelogen.

In dieser Zeit wurde viel über die Wahlen der Knappschäfts-Aktisten gesprochen. Die Leistungen, die die Knappschäfts-Beitragenden Bergleuten, den Inwalliden, Witwen und Waisen gewährte, waren zu niedrig. Darin gab Karl den anderen recht, wenn sie über diese Sache sprachen. Hier mußten Änderungen geschaffen werden, und das konnte nur geschehen, wenn Kameraden als Knappschäfts-Aktisten gewählt wurden, die sich auch getrauten, ein Wort zu sagen. Vor der Schicht beim Bergamt wurde tagtäglich darüber gesprochen. Wer aber diese aufrechten Kameraden waren, die man wählen wollte, erfuhr er nicht. Die Reichstreuen, deren Verein er auch angehört, hatten schon lange die Männer bestimmt, die gewählt werden sollten. Karl konnte verschiedene von ihnen. Es waren ganz vernünftige Leute, die schon viele Jahre Knappschäfts-Aktisten waren. Aber er hatte noch nie gehört, daß sie energisch für eine Erhöhung der Beiträge eingetreten waren.

(Fortsetzung folgt)

Stadt-Theater.
Montag 7 Uhr:
„Joseph in Ägypten“.
Dienstag 7 Uhr:
„Eine Nacht in Venedig“.
Schauspielhaus.
Operettenbühne, Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
„Wasscottchen“.
Sonntag, d. 18. 6., 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Montag 7 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Samstag 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Paul Westermeyer
in
„Der Juxbaron“
Operettenposse
von Walter Kollo.
Ab 6 Uhr
steht den Herrschaften
der Naturgarten
zur Verfügung.

**Breslauer
Hedwig-Spiele**
Konzerthaus
Gartenstraße 39/41.
Dienstag,
Mittwoch,
Donnerstag,
7 Uhr abends, nur
3 Aufführungen
bei volkstümlichen
Preisen. 2555
Vorverkauf Barasch,
Hainauer und umher-
brochen an der Kasse
des Konzerthauses.

Dominikaner!!!
In herrlicher Garten-Variété!
Das neue Bombenprogramm
der
2650
Leipzigerbravour-Sänger
Nra. Disziplin. Kalls Deuche.
Paul Wallis, Sicks, Utkan.
Erstklass. Quartett.
Solos und Duos.

ZEPTEKINO
2 Riesenschlager
Heut letzter Tag!
4, 6, 8 Uhr:
Darwin

Das Weltfräsel Mensch
6 Akte
Außerdem:
Henny Porten
Kohlhiesels Tochter
4 Akte
Mittwoch 8. Konzert
u. Freitag 9. Konzert
best. Beibehaltung
verlangen Frauen nur wenn
sicherer werden Mittel.
Billigste Preise
in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülprisen, Leib-
und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pf. Karte.
Frau B. Zander,
Rajenitz 10-25
Breslau 2.
Gellharstraße 28, 1. Stock
in der Kaiserstraße.

Arbeiter
Wiederholungs-Konzert
Mittwoch 8. Konzert
u. Freitag 9. Konzert
best. Beibehaltung
verlangen Frauen nur wenn
sicherer werden Mittel.
Billigste Preise
in Gummiwaren
Irrigatoren, Spülprisen, Leib-
und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pf. Karte.
Frau B. Zander,
Rajenitz 10-25
Breslau 2.
Gellharstraße 28, 1. Stock
in der Kaiserstraße.

Kleine Anzeigen
in der
Vollmacht sind
billig und
erfolgreich

**Von der Reise zurück
Dr. Lewinsohn**
Facharzt für Nervenerkrankheiten
Nikolaistr. 44/45,
Eingang Königsplatz.

Von ununterbrochener
Seite ist mein Name auf
einem Plakat verwendet wor-
den, das zu einer Protest-
versammlung am 5. Juni auf-
forderte. Ich stelle hiermit
fest, daß ich dieser Sache ab-
solut fernstehe.

Clara Zils,
Parteilose Schriftföhrerin.

Wohnungsaufk.
Der tauscht von Breslau
Sachsenring oder Ostwärtor
nach Leis 2 Zimmer, helle
Küche, Entree, Was., gegen
gleich große Wohnung event.
1 großes Zimmer, helle Küche,
Klosett und Entree. 2664
Angebot um Wohnungs-
tausch Hauptwerkstatt Leis.
Entworfen Licht, langhaariger
Jagdhund
braun-weiß (Cocker Spaniel),
abgegeben gegen Besorgung bei
Elnbeck, Steuborfstraße 2.

Der erkrankte junge Mann,
der am Dienstag, den 7. Juni,
12 Uhr, das Fahrrad „Marke
„Prillan“, aus der Dienststelle
des hiesigen Postamtes betriebe,
auf dem Platz 3, mißgl. hat,
wird er sucht, daselbst wieder
berühn zurückzubringen. Am
Unterstellungsfall erfolgt Straf-
antrag. Für Ermitt. u. Verbei-
lichung wird hohe Belohnung
zugel. Eingab. d. Postamt.

Pfänder-Auktion. 622
Verlängerung nur bis 20. Juni.
Wanke, Rantannenstraße 6.

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülprisen
Irrigatoren 2345
Leib- und Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Katalog gegen Einzahlung
von 1.— Pf.
Frau A. Gebauer
Breslau 6 V, Deutscherstr. 11.
Ecke Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Möbel
Schränke, Vertikals,
Bettstellen m. Matr.,
Sofas, Spiegel etc.
empfehlen
per Kasse, eventuell
Teilzahlung.
Karsunky & Co.
Rosenfelderstr. 2, I.
gegenüber 2496
der Oderbrücke

In den meisten Fällen
Schwarzes Zahnziehen!
Zähne von 8 Mk. an
Füllung von 4 Mk. an
R. Barthel, Poststr. 1
Ecke Ohlauerstr.

**Kavalier-
Garderobe**
wenig getragen,
zum Teil in Eisenwaren.
Neue Anzüge
fertig u. nach Maß, prima
Stoffe, teils Fabrikreste.
Kleider 1
43 Klosterstr. 43

Frauen-Artikel
Spülprisen
Irrigatoren 2345
Leib- und Monatsbinden
Gummiwaren
für Damen und Herren.
Katalog gegen 50 Pf. Karte.
Fr. Barthel Breslau 7, V.
u. Sadowstr. 67

Zu kaufen gef.:

Ultrametalle
taucht zu höchsten Preisen
Katalog, Geschäftsstr. 4.
Breslau 2.
Gellharstraße 28, 1. Stock
in der Kaiserstraße.

Familiennachrichten

Für die überaus große Teilnahme an der
Beerdigung meines teuren Gatten und für die
vielen Kranzspenden spreche ich hiermit allen
Teilnehmern meinen
besten Dank 2667
aus. Besonderen Dank den Kollegen des Zentral-
verbandes der Fleischer, den Genossen des Ge-
nossinnen vom Distrikt 6, der Begräbniskasse
Archimedes Saal 3, der Federwerkstatt Linke-Hol-
mann-Werke, den Mietern des Hauses Märkische
Str. 106, seiner Chefin, sowie seinen Sportkollegen,
Herren Meißner und Richter und dem Präeger
Herrn Wollsdorf.
verw. Frau Fleischmann, **Ida Kotyrba.**

Strassenbändler! Wiederverkäufer! Händler!
In Winterwolle, Eider schwarz, lose, grau, 4.25 Mk.
Storzwirn, 1 Karton 100 Stück 30., 35., 50. Mk.
Zaspelwirn, schwarz, weiß, roh 1 Pack 18., 18.50 Mk.
In Makosackel, 100 Paar 36., 42., 48., 48. Mk.
Maschinengarn, 200 Meter 1.90, 2.30 Mk., 1000 Meter
8. Mk., Holzrollen 2665
In Gummiwand, sehr breit, Meter 1.40, 1.70, 1.90 Mk.
Wäschebörse, Strumpfwaren, Haarschmuck,
Bijouterie, Sortimente sehr günstig.
Josef Salomon, Dessauerstraße 1,
an der Friedrich-Wilhelmstraße.
Telefon Ring 5841. Geschäftszell 8-4 Uhr.

Radrennbahn Grüngelche
Verein für Radrennen (E.V.)
Dienstag, den 14. Juni, nachmittags
6 Uhr:
**Herausforderungs-
Wettkampf**
Thomas gegen Lewanow
über 1 Stunde.
Ermäßigte Eintrittspreise!

Wir empfehlen:
Joh. Ferch
„Die Flucht vor dem Kinde“
Preis 90 Pf.
Buchhandlung Volkswacht
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

Hausierer
können viel Geld verdienen durch Betrieb eines ganz neuartigen
Kanzler- u. Schließ-Apparates. 2667
Sachverständ. Dr. med. 1518 an Antonen-
Expedition Weiß, Hirschberg.

Billige Bettfedern
kauft man am vorzuziehendsten in dem bekannten
Bettfedernhaus R. Richter, Breslau, Marktstraße 18.
Straßenbahnstraße nach aller Richtungen wird versandt.

Matthias-Str. 70.
Am 15. Juni 2620
Eröffnung
meiner
8. Verkaufs-Stelle
Mein neues Unternehmen bitte ich durch
gütige Aufträge unterstützen zu wollen.
Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerie-Fabrik.

Sozialdemokratie und Schule
Von Heinrich Schulz. — 150 Bl. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Brennenpiegel
Studien aus einem Kulturstaat
von
Heinrich Aegenstein
147 Seiten, gut broschiert
nur 90 Pf.
nach auswärts Portozuschlag.
Bestellungen werden an die Expedition dieses Blattes,
bzw. an sämtliche Kolporteurs entgegengenommen.

Schauburg **Anfang 4 Uhr** **DK**
Victoria-Theater
Neue Taschenstraße
2 Minuten vom Hauptbahnhof! Friedrich-Wilhelmstraße 35
in beiden Theatern — 3 Stunden-Programm

Von Kleinburg nach
könnte man, auf Breslau zugeschnitten,
den Film
„Die Flucht Wahnschaffe“
aus dem goldenen Kerker“
richtig nennen.
Hauptrollen:
Kraus, Kupfer, Veldt, Madelaine
6 Akte.
Motto: „Geld verdirbt die Menschen.“

der Weißgerbergasse
Die gesamten Berliner Zeitungen
schreiben:
„Nicht nur jeder Akt, sondern
jede einzelne Szene in jedem
Akt hält das Publikum in un-
gekauter Spannung.“
Fachleute sagen:
„Es ist der stärkste Film, der
in diesem Genre bis jetzt ge-
bracht wurde.“
Außerdem: **Carola Tölle**, die preisgekrönte Schönheit, in
671
Um den Sohn oder: **Die Leidenschaft des Büromädchels** Knaa
Hoffmann
Motto: „Arm, aber achtbar“. — Hauptrollen: Tölle, Westermeyer, Hoffmann, Grünig. — 6 Akte.
Nur in der Schauburg: **Variétéschau** Nur im DK:
Irene Fiedler singt: **Die Grünzeumleze** vom Neumarkt. | **Paul Rainer** singt: **Ostmarkenlied**,
Breslau Lied.

Um den Sohn oder: **Die Leidenschaft des Büromädchels**
Motto: „Arm, aber achtbar“. — Hauptrollen: Tölle, Westermeyer, Hoffmann, Grünig. — 6 Akte.
Nur in der Schauburg: **Variétéschau** Nur im DK:
Irene Fiedler singt: **Die Grünzeumleze** vom Neumarkt. | **Paul Rainer** singt: **Ostmarkenlied**,
Breslau Lied.

Hilferuf aus Oberschlesien
für die deutschgesinnte Bevölkerung!

Die Ortschaften rechts der Oder sind seit über einen Monat von den
polnischen Insurgenten besetzt. Die deutschgesinnte Bevölkerung dieses
Teiles Oberschlesiens hat unter dem polnischen Druck die schwersten Entbehrungen
und Leiden auszuhalten.
Tausende mühten Haus und Hof verlassen, und konnten nur das nackte
Leben in Sicherheit bringen. Einen großen Teil dieser deutschgesinnten Flücht-
linge beherbergt der Stadt- und Landkreis Ratibor.
Die eingetroffenen Flüchtlinge berichten auch über die unerhörte polnische
Gewaltherrschaft gegenüber nicht geflüchteten Brüdern und Schwestern rechts
der Oder.
Zur Unterstützung der Flüchtlinge ist eine Hilfsaktion für die deutschen
Oberschlesier eingeleitet, diese soll sich auch demnächst auf die deutschgesinnte
Bevölkerung rechts der Oder erstrecken, sobald die unterbrochene Verbindung
mit den Gemeinden rechts der Oder wieder aufgenommen werden wird.
Die bereitstehenden Mittel für die Unterstützung der ausgeplünderten und
zum Teil vertriebenen deutschen Bevölkerung reichen aber bei Weitem nicht aus,
um auch nur allseitig die bescheidensten Bedürfnisse zu decken. Für den Land-
kreis Ratibor allein kommen auf der rechten Oderseite ca. 25 Gemeinden in
Betracht, die durch Belieferung mit Geld, Kleidungsstücken und Lebensmitteln
zu unterstützen sind.
In erster Linie werden Wäsche, Bekleidungsstücke für Frauen und Kinder
(Säuglinge) Leinwand und Gebrauchsgegenstände benötigt.
Wir bitten unsere Brüder und Schwestern im Reich und in dem von
den Insurgenten nicht besetzten Gebiet, den Unterdrückten und Bergemalfigten
zu helfen, und sich zahlreich an der Hilfsaktion für die deutschen Oberschlesier
zu beteiligen.
Dringendste und schleunigste Hilfe ist geboten!
Das Ergebnis der Sammelstätigkeit bitten wir möglichst in größeren
Sendungen zusammenzufassen, und an die Adresse der
Kreisleitung Ratibor des Verbandes heimattreuer Oberschlesier
Ratibor, Eisenbahnstraße 15
zur Absendung zu bringen.
Nochmals, Landsleute, geht baldigst Geld und Bekleidungsstücke, zeigt
durch eure Opferwilligkeit, daß ihr uns durch die Tat in dieser schweren Zeit
zur Seite steht, und helft denen aus der bittersten Not, die wegen ihres mann-
haften Behaltens zum Deutschtum ihr und ihrer Angehörigen Leben und
Gesundheit eingeseht und Hab und Gut verloren haben.

Kreisleitung Ratibor
des Verbandes heimattreuer Oberschlesier
gez. Landgerichtsrat Bandmann, Kreisleiter.

Schicke Herrenkleidung
nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden
und umarbeiten. Telefon 1507. 2338
Militär-Mäntel
werden bei uns in toller Ausführung zu hohen Sport-
paletots oder Mäntel umgearbeitet. Reichhaltiges Stofflager
in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur
Bequemlichkeit angeordnet. Gütige Bestellungen bitten
bei Tages. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.
Schneiderwerkstatt,
Janischonek & Kleiner, Ernststraße 2.

Arbeitsmarkt
Näherinnen 1068 d
auf weiße Stickeri-Damenhemden können sich
melden bei
Samuel Cohn & Co., Karlstr. 27

**Die französische
Revolution**
von Hans Prehm-Drewitz
mit 13 Tafeln und 1 Karte, gut broschiert,
nur Mk. 6.00. Auswärts Portozuschlag.
Buchhandlung „Volkswacht“
(modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

**Ernte-
Arbeiter**
Mädchen
Burschen
Männer
gehörigste, gutkennzeichn.
Anna Dzallas
Breslau II, Grünstraße Nr. 12

Maurer gesucht!
Kredung 5. Keller Richter,
Sachliche Aufsicht Herr
bei Neumarkt. 2623
Eduard Freytag,
Sachverständ. Deutsch-Billa.
Lehrmädchen
kann sich auf nur 11. Möbelfabrik
melben, Kuesberg, Blüthnerstr. 11.
Bitte
bei allen Einkäufen
stets die Inserenten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 8 Uhr

in allen Distrikten
Distrikts-Versammlungen.
Kein Parteigenosse fehle!

Schriftführer der Distrikte! Schleunigster Bericht über alle Distriktsveranstaltungen stets erforderlich!

Abteilung Pöpelwitz (Distrikte 9 und 41) haben heute die Versammlung gemeinsam im „Kurgarten“, Frankfurterstraße. Redner: Genosse Müde.

Frauenleiterinnen. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 6 (Eingang durchs Restaurant) Sitzung.

Sozialdemokratischer Diskussionsabend. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, Zusammenkunft im Gewerkschaftshause. Es hat jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Zutritt. Gegenstand der Aussprache sind „Die sozialistischen Wirtschaftsprobleme“. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Jugendsozialisten! 5. Teilnehmer! Morgen abend 7 1/2 Uhr Kurzausgang des neuen Birnbäum im Vereinszimmer der Strohberghalle des Gewerkschaftshauses. Erscheinen dringend notwendig.

Die Muloberbrecher amnestiert!

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Das Landgericht Breslau hat am 14. März wegen gefährlicher Körperverletzung den früheren Tambourmajor und jetzigen Hülfenassistenten Max Walter zu 3 Jahren 6 Monaten, den Spielmann Bistup zu 4 Jahren und den Gefreiten Breska zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Als die Kappisten im März 1920 die Herrschaft in Breslau an sich gerissen hatten, riefte am 13. März das Freikorps Mulo ein, in welchem sich die Angeklagten als Spielleute befanden. Der Angeklagte Walter als Vorgesetzter der Spielleute hatte die Aufsicht über die Gefangenen, die wegen Abreifens von Plakaten, Verteilung von Flugblättern und Versteckens von Gewehren festgenommen worden waren. Mehrere von ihnen waren von Spiegeln erkannt worden, als Streifenposten tätig gewesen und hatten über die Soldaten gelacht und gespöttelt. Walter hat es geduldet, daß die Mitangeklagten die eingelieferten Gefangenen in göbllicher Weise mißhandelt haben, indem sie sie zwangen, mehrere Stunden lang mit dem Gesicht der Wand zugedreht zu stehen, indem sie die Gefangenen hungern und dürsten ließen und sie mit Gewehrkolben und Artillerieresteifen blutig schlugen. Der Angeklagte Walter war bei den Mißhandlungen zugegen und hat sie gebilligt. Er wollte die Tat wie seine eigene und die Soldaten galten nur als sein Werkzeug. Gegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision eingeleitet, die von den Rechtsanwälten Dr. Czajka und Friedrich vertreten wurde. Das Reichsgericht schloß sich den Ausführungen der Verteidiger an und stellte das Verfahren auf Grund der Amnestie vom 4. August 1920 ein. In der Urteilsbegründung heißt es, es sei festgestellt, daß die Mulo-Truppe tatsächlich im Dienste der Kappregierung stand, die sich während des Aufstandes in Breslau geltend gemacht hatte und zur Herrschaft gelangt war. Es handelte sich darum, daß die Truppen sich wehrten gegen die feindlichen Verächtigungen, die sich gegen sie und gegen die Kappregierung richtete. Aus diesem Anlaß wurden die Gefangenen festgenommen. In der Tätigkeit der Angeklagten lag eine Zurückweisung der Anwehr, die sich gegen die Kappregierung richtete. Daran, daß es sich hier um Taten handelte, die mit einem höherrätlichen Unternehmen im Zusammenhang standen, kann kein Zweifel bestehen. Die Mißhandlungen durch die Angeklagten sind begangen als Vergeltung und zur Abschreckung. Politische Beweggründe sind auch dann nicht auszuschließen, wenn es sich um Handlungen handelt, die sich aus politischer Gegnerschaft entwickelt haben. Das ist hier der Fall. Die Handlungen sind hervorgegangen aus der allgemeinen politischen Lage und den Stimmungen und Vorstellungen der Angeklagten, die sie damals beherrscht haben. Aus der Gesamtlage ergibt sich, daß überall politische Beweggründe mitwirkend und bestimmend gewesen sind. Die Angeklagten haben in den Gefangenen ihre politischen Gegner. Die Amnestie vom 1. August 1920 mußte also Anwendung finden.

Das Urteil des Reichsgerichts hat seinerzeit auf Grund einer sehr genau geführten Beweisaufnahme ausdrücklich festgestellt, daß die Walter, Bistup und Breska gewöhnliche Verbrecher waren, die lediglich aus Rache gehandelt haben und von keinerlei politischen Motiven geleitet wurden. Das Reichsgericht hat sich über diese tatsächlichen Feststellungen einfach hinweg gesetzt, und die Verbrecher zu den „Politikern“ gezählt, die unter die Amnestie fallen.

Das Urteil des Reichsgerichts ist ein Skandal, und als solcher zu werten. Es kennzeichnet unsere Rechtszustände. Das Verbrechen ist frei, wenn es von rechts her gegen den Staat und seine Bürger verübt wird. Welche Kreise dieser Freispruch noch ziehen wird, dürfte sich bald zeigen. Die Republik kann sich begreifen lassen, wenn sie eine solche Art der Rechtspflege weiter bestehen läßt. Es genügt nicht, gegen solche Urteile zu protestieren; hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. An unseren Genossen in der Regierung liegt es vor allem Dingen, diesen Wandel herbeizuführen.

Vor dem Messerladen.

Dicht gedrängt standen die Leute vor dem Schaufenster des Messerladens, und alle Augen waren auf das neu ausgestellte Riesentaschenmesser gerichtet.

Ja, es war ein Prunk- und Schaustück, das Riesentaschenmesser mit seinen vielen Teilen. Was für ein geschickter Mann mußte es gewesen sein, der es zusammengebastelt hatte. Wieviel Nachdenken gehört sicher dazu, alle diese hundert Teile so gut passend zu machen und sie dann alle zwischen dieselben zwei Schalen anzuordnen! Hundert an einem Messer! Da war eine Riesenklinge, ein langer Dolch, ein Briezöffner, ein Federmesser, ein Fingernageltrager, ein Muliermesser, eine Hippe, ein Radiermesser, eine Hühneraugenklinge, ein Pinokkiomesser, ein Ledermesser, eine Lanzette usw. Da waren große und kleine und breite und schmale und runde und spitze Messer und auch solche merkwürdig geformte Klinge, daß wohl mancher Beschauer nicht erriet, wozu sie gebraucht werden sollten. Und jede dieser Klinge war nicht etwa nur zum Spaß so oder so gebogen, o nein! Jede sollte ihren besonderen Zweck haben, und das auswendig war eigentlich das Kunststück an dem ganzen Messer.

Nicht wahr, zum Butterbrotschneiden hat man kleine und zum Schneiden des Bratens große Tischmesser. Laß dir einmal ein Obstmesser zeigen, womit man gut Apfelsinen schälen kann, und vergleiche das Obstmesser mit einem Rasiermesser. Oder denk an die Klinge, die der Schuhmacher gebraucht zum Beschneiden der Sohlen und lege sie in Gedanken neben das Gärtnermesser, womit die Zweige beschnitten werden sollen. Oder vergleiche das Rasiermesser des Glazers mit der Sense, die der Bauer zum Grassmähen gebraucht. Welche Unterschiede in der Größe und der Form!

Alle diese vielen verschiedenen Sorten aber sind Messer und sie alle dienen zum Schneiden. Und doch sind sie untereinander so sehr verschieden!

Woher aber hat man all diese vielen, vielen verschiedenen Messerformen? Ausgenommen, mühsam ausgeföhnt haben sie die Menschen. Und wieviele tausend Stunden mögen die Messerschmiede wohl daran hergestudiert haben, ehe sie die richtige Form für jedes Messer gefunden hatten, die Form, die für jeden besonderen Gebrauch die beste war!

Freilich, die meisten Menschen denken an solche Sachen nicht. Wer der Mutter zusieht, wenn sie in der Küche Bohnen schnippelt, dem mag wohl schon mal der Gedanke gekommen sein, warum denn über der ganzen Messerklinge ein dünner Eisenstreifen entlangläuft. Aber wieviel Bohnenmahzeiten erst nötig waren, damit ein Mensch auf den Gedanken kam, ein Messer extra nur fürs bequeme und gleichmäßige Bohnenschneiden zu machen, ahnen wir nicht. Und wieviel verkehrte Versuche erst vorausgegangen sind, ehe der rechte Mann für das Bohnenmesser die rechte Form ausfinden konnte, wissen wir heute auch nicht mehr.

Lohnbewegung im Friseurgewerbe.

Vom Verbands der Friseurgehilfen wird uns geschrieben:

Wie bei allen Arbeitnehmer-Verbänden, die gezwungen sind, mit Innungen zu verhandeln, ist es auch bei uns notwendig, in jeder Bewegung die Hilfe der Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, umso mehr, als die Löhne im Friseurgewerbe tatsächlich kaum die Erwerbslosenunterstützung erreichen, und noch nicht 50 Prozent des Existenz-Minimums betragen. Sind doch Löhne von 105-135 Mark die Woche, ohne Kost, Logis und den anderen Abzügen das Höchste, was ein Friseurgehilfe oder eine Gehilfin verdienen kann. Ob man davon, ganz gleich, ob verheiratet oder unverheiratet, leben kann, das Urteil überlassen wir getrost dem Publikum. Außer einem Teil unserer Innungsmeister wird dies wohl niemand behaupten. Letzten Endes haben doch aber auch die Friseurgehilfen und -Gehilfinen ein Recht, wenn Sie arbeiten, wenigstens das zu verdienen, was man heute zum beschleunigten Leben braucht. Die aus diesem Grunde den Arbeitgeber unterbreiteten Forderungen, ein Mindestlohn von 150 Mk. die Woche und vollständige Sonntagsruhe lehnten sie ab. Es wurde aber mit der Tarifkommission der Arbeitgeber eine Vereinbarung getroffen, wonach sie sich dafür einsehen werden, Löhne von 120-150 Mark und 15 Mark für die Sonntagsarbeit bei ihren Innungen durchzusetzen. Das Ergebnis der nächsten Sitzung der Organisationsleiter mit den Arbeitgebervertretern war, daß die letzteren jede Forderung der Gehilfen ablehnten. Die Begründung, die sie dafür gaben, ist derart einseitig, daß sie verdient, der Öffentlichkeit nicht vorzulegen zu werden. Sie lautet: „Da für die Arbeitgeber Gas, Wasser, sowie die gesamte Lebenshaltung immer teurer werden, ist es unmöglich, die Löhne der Gehilfen zu erhöhen.“ Daß diese Erhöhungen auch die Arbeitnehmer treffen, scheinen die Herren nicht zu wissen. Die Ablehnung der Forderung wäre ja nichts neues, wenn hierbei nicht sonderbare Umstände mitspielen würden. Es ist Tatsache, daß die kleineren Geschäftsinhaber, also die wirtschaftlich schwächsten, bereit sind, die Forderungen anzunehmen, weil sie einsehen, daß die Gehilfen mit den jetzigen Löhnen nicht auskommen kann. Die Inhaber der großen Geschäfte, ganz besonders die von Damengeschäften, also die Kapitalisten innerhalb unseres Berufes, dagegen sind es, die jede Forderung ablehnen. Auf der einen Seite wissen die Herren nicht, wie sie am schnellsten Geld für ihre Person ausgeben sollen, (Baderreisen u. dergl.), auf der anderen Seite weigern sie sich, ihre Angestellten, deren Arbeitskraft sie wohl auszunützen verstehen, zu bezahlen. Oder glauben diese Herren gar, ein Lohn von 135 Mark sei eine Bezahlung? Wenn die Herren glauben, daß die Angestellten nicht in der Lage sind, ihre Forderungen durchzubringen, so würden sie ja bei einer Probe sehen, ob die Unvernunft der Arbeitgeber, aber das Recht des Arbeiters auf Bezahlung seiner Arbeit liegen wird. Wir wollen den Kampf nicht, aber wenn wir gezwungen werden, so werden wir diesen Reaktionen, die bei jeder Gelegenheit das Recht der Angestellten mit Füßen treten, doch beweisen, daß auch die größte Geduld ein Ende hat. Wir spielen nicht mit dem Kampf, aber die Arbeitgeber im Damenfach scheinen nicht zu wissen, daß auch die Kolleginnen Gewerkschaftler und nicht nur Friseurinnen sind. Das Publikum bitten wir zunächst, auf keinen Fall mehr für die Bedienung in den Friseurgeschäften zu zahlen, als nicht auch die Angestellten einen erhöhten Lohn haben. Den Mehrbetrag für Bedienung sollte man lieber den Gehilfen und Gehilfinen als Trinkgeld geben, um durch dieses wenigstens die Angestellten vor der größten Not zu schützen. Ihr aber, Gewerkschaftsgehilfen, laßt Euch bei Eurem Helfer das Verbandsbuch der Gehilfen zeigen und merket die Geschäfte, wo Ihr keinen organisierten Gehilfen findet. Wir werden in nächster Zeit die Geschäfte von organisierten und vor allem die, wo der Arbeitgeber seine Gehilfen gezwungen hat, aus der Organisation auszutreten, bekanntgeben. Unterstützt uns in unserem gerechten Kampf durch Solidarität, damit auch die Friseurgehilfen dazu kommen, von ihrer Arbeit wenigstens lebendigen Lohn zu können. Denn der Einzelne ist zu schwach, nur die Masse hat die Macht.

Voignon-Kriegsgefangenen-Sonntag.

Noch immer befinden sich 115 deutsche Kriegsgefangene Soldaten in Frankreich. Diese zu befreien, hat sich die Reichsregierung ehemals Kriegsgefangener zum Ziel gesetzt. Im ganzen Deutschen Reich fanden am Sonntag Kundgebungen statt, mit der Forderung zur Befreiung dieser unglücklichen Opfer des Krieges.

Auch in Breslau hatten sich am Sonntag Tausende von Frauen und Männern auf dem Schloßplatz versammelt, zu denen Pastor prim. Seberke, die Kameraden Koesner, Kötter und Modler und der aus Voignon zurückgekehrte Kamerad Thoma la sprachen.

Die Ansprachen der Redner klangen in folgender Entschlie-

fung aus:
„Die heute in Breslau versammelten deutschen Frauen und Männer haben mit tiefer Betrübnis und in gerechter Entschlossenheit Kenntnis davon genommen, daß die französische Regierung jetzt noch — 2 1/2 Jahre nach Beendigung des Krieges und beinahe 1 1/2 Jahre nach Friedensschluß — 115 deutsche Kriegsgefangene Soldaten im Zuchthaus von Voignon und den Arbeitslagern von Cuers und Ugan zurückhält, die dort die ihnen in der Kriegsgefangenschaft auferlegten jahrelangen Gefängnis- und Zuchthausstrafen abzulösen haben. Während das Deutsche Reich sofort nach dem Waffenstillstand sämtliche in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen der alliierten Mächte in ihre Heimat zurückbefördert hat, einschließend aller der wegen gemeiner Verbrechen Bestraften, müssen die Deutschen es dulden, daß 115 ihrer Brüder immer noch in französischer Kriegsgefangenschaft ihrer Freiheit beraubt sind und vor Sehnsucht nach ihrer Heimat und ihren Angehörigen die schwersten seelischen Qualen erleiden müssen.“

Die Betrübnis fast aller Zurückgehaltenen haben nichts mit ehrenrührigen Verbrechen zu tun, sondern sind meist aus Not oder Nahrungsmangel oder zur Bewerflichung der Flucht begangen worden und aus dem seelischen Zustand der Kriegsgefangenen zu erklären.

Die Versammlung fordert daher die deutsche Regierung auf, trotz aller bisherigen Mißerfolge erneut die Befreiung der deutschen Stammesbrüder in Voignon zu fordern. — Unsere Brüder in Voignon aber rufen wir zu: Wir gedanken Eurer und werden nicht müde werden, für Eure Befreiung zu wirken.“

Die Versammelten gedachten aber auch der noch in Rußland und weitenden deutschen Brüder und überließen dem Auswärtigen Amt in Berlin folgende Entschlieung:

„Die heute stattgehabene gewaltige Versammlung aller Bürger der Stadt hat mit Freude vernommen, daß die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland im letzten halben Jahre große Fortschritte gemacht hat.“

Die Versammelten begrüßen auch mit Genugtuung das Zustandekommen des zweiten Ergänzungsabkommens im gegenseitigen Austausch zwischen Deutschland und Rußland. Sie erwarten, daß der theoretischen Lösung auch die praktische Tat folgen wird, damit den jetzt im Donkosaken-, Terek- und Ukrainegebiet befindlichen 4000-5000 Reichsdeutschen und 40 000 Vesterdeutschen vor Beginn des neuen Winters die Heimkehr gesichert ist. Die Versammelten bitten die Reichsregierung außerdem um schleunige Rückführung der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen. — Im Besonderen erwartet die Versammlung, daß die deutsche Reichsregierung alles aufwendet, um auch für die deutschen Kriegsgefangenen in Voignon den gleichen Erfolg zu zeitigen. Der deutschen Reichsregierung ist die Unterstützung für diese Arbeit in jeder Beziehung von Seiten aller Bevölkerungsschichten gewiß.“

Vor und nach den Ansprachen konzertierten etliche Kapellen.

Vorortverkehr der Großstädte.

Das Breslauer Verkehrsamt schreibt uns:

Der Bayerische Staat hat bei dem Reichsamt einen ausführlich begründeten Antrag gestellt, daß das Reichsverkehrsministerium erachtet werden solle, die Frage der Personentarife für den Vorortverkehr, namentlich im Umkreis von Großstädten erneut einer Prüfung im Benehmen mit Sachverständigen und den Vertretern der Länder zu unterziehen. Wir haben den Reichsamt gebeten, indem wir Abschrift unseres Antrages an den Herrn Reichsverkehrsminister auf Einführung eines Personentarifes für Breslau vom 10. Mai d. J. überland haben diesem Antrage zuzustimmen. Wir haben ferner die Preussische Staatsregierung und den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gebeten, durch die preussische Vertretung im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß der Antrag Bayerns angenommen wird, damit die Angelegenheit im Sinne der Wohlfahrt der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung der Großstädte und ihrer Umgebung geregelt wird. Wir haben weiter den Deutschen Städtetag und die Abgeordneten des Bezirks Breslau um Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit gebeten.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Der Unterrichtskursus in Französisch wird — um anschließend von Teilnehmern des von 8-9 Uhr stattfindenden Englischkursus besucht werden zu können — immer Dienstag und Freitag von 9-10 Uhr in der Rathpölschen Realschule, Nicolai-Stadigraben 20, parterre, stattfinden und beginnt am kommenden Dienstag, den 14. d. Mts. Wer noch teilnehmen wünscht, melde sich am Dienstag bei dem unterrichtenden Lehrer.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche statt:

Dienstag, den 14. Juni, von 12-1 1/2 Uhr,
Donnerstag, den 16. Juni, von 12-1 1/2 Uhr.
Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* Die Ferien der Gewerkschaften sind wie folgt festgesetzt worden: Sommerferien: Schluß Donnerstag, den 14. Juli, Schulanfang Dienstag, den 16. August. Herbstferien: Schluß Freitag, den 30. September, Schulanfang Mittwoch, den 13. Oktober. Weihnachtsferien: Schluß Donnerstag, den 15. Dezember, Schulanfang Dienstag, den 10. Januar 1922. Die Ferien der Volksschulen sind wie folgt neu festgelegt: Sommerferien: Schluß Donnerstag, den 14. Juli, Schulanfang Dienstag, den 16. August. Herbstferien: Schluß Freitag, den 30. September, Schulanfang Mittwoch, den 12. Oktober. Weihnachtsferien: Schluß Donnerstag, den 22. Dezember, Schulanfang Dienstag, den 10. Januar 1922.

* Fünftägige Arbeitslose vom 30. November 1920 haben auf Grund der Verordnung vom 27. November 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 31. Januar 1921 verloren; sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert.

* Post nach Australien. Mit dem am 20. Juni von Neapel abgehenden Dampfer „Omar“ findet eine Briefpostbefreiung nach Australien statt. Postschluß tritt bei der Auslandsreise in Frankfurt am Main am 16. Juni, 8 Uhr abends für Einheitsbriefe, 12 Uhr nachts für andere Sendungen, bei der Auslandsreise in München am 17. Juni 1 Uhr mittags für Einheitsbriefe, 4 Uhr abends für andere Sendungen ein.

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen auf Schlesien 2.— M., auswärtig 3.25 M., Anzeigen unter Text 3.— M., auswärts 3.25 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0.40 M., Stellenangebote, Vereine, Verammlungen und Abrechnungs-Anzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.20 M., des ferns Wort 2.— M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr 12 Lag vorliegen in der Haupt-Expedition Hauptstraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verantwortl. Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Rote: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal im Jahr durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 46, durch die Zweigstellen Hauptstraße 23, bei Lunge, die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neus Traubenstraße Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Wochenpreis 1.20 M., monatlich 5.10 M., vierteljährlich 15.30 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 M. (ohne Postgebühren), frei im Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 16.30 M.

Amnestierung der Muloöverbrecher.

Das Reichsgericht amnestiert die Muloöverbrecher.

Die drei Mulo-Verbrecher, die bisher als einzige im Gegensatz zu ihrem Herrn und Meister, dem im Verdacht der Erpressung und schwerer Roheitsatte frei herumspazierenden Mulo selbst zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurde, sind vom Reichsgericht amnestiert worden. Das hiesige und höchste Urteil des Breslauer Gerichts hatte zwei Rechtsgründe für die Befreiung angeführt, von denen jeder allein die Anwendung der Amnestie unmöglich machen mußte: das Ergebnis der Beweisaufnahme, wonach für eine ganze Reihe von einzelnen Straftaten lediglich Roheit als Beweggrund in Betracht kam und ferner die Feststellung, daß das Amnestiegesetz nur einen unmittelbaren Zusammenhang des Verbrechens mit der Raubtate und ihrer Abwehr als Begnadigungsgrund gelten lassen könne. Das Reichsgericht hat bei diesem zweiten juristischen Gedankengang eingeknickt und das Urteil aufgehoben. Den ersten Teil der Begründung hat es anscheinend überhaupt nicht beachtet. So handeln die höchsten Richter des Reiches!

Gleichzeitig wird in München festgestellt, daß der Mörder des unabhängigen Abgeordneten Gareis völlig unauffindbar ist. In Breslau aber beginnen heute vor dem Ausnahmegericht Verhandlungen gegen die kommunistischen Rindstöpfe, die selbstverständlich dühendweise als Schwerverbrecher zur Stelle gebracht worden sind und deren wirkungsloses Geschrei in ihren Blättern und in ihren Versammlungen blutig ernst genommen wird als Gefahr einer neuen Revolution in Schlesien. Wir stellen heute nur diese drei Tatsachen nebeneinander. Sie scheinen uns deutlich genug zu sprechen.

Die Wirkung der Mordreaktion

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Der Mörder des unabhängigen Gareis ist noch nicht entdeckt. Der Polizeipräsident Böhner entfalet zwar eine lebhafte Tätigkeit, um alle Rundgebungen zu beschränken, die sich gegen den Attentäter wenden. In seiner Hauptaufgabe aber, den Mörder des Gareis zu finden, ist er nicht einen Schritt weitergekommen.

Die Beerdigung des Opfers der Reaktion findet heute Montag, nachmittags 5 Uhr, statt, aber bereits vormitags sollen Versammlungen aller sozialistischen Parteien in Sälen und auf der Theaterwiese stattfinden. Gegen beide Veranstaltungen lehnt der Polizeipräsident Böhner seine Militärmaschine in Bewegung. Durch Plakate und Extrablätter macht er bekannt, daß die Polizeidirektion alle Maßnahmen getroffen habe, um die Versammlungen unter freiem Himmel zu unterbinden. Versuche der Gewerkschaftsleitungen, diese Verfügung zurückzunehmen, sind bisher erfolglos geblieben und es besteht große Gefahr, daß es am heutigen Montag zu schlimmen Ereignissen kommen kann, wenn die Polizei nicht Vernunft annimmt.

Die Stimmesprelle versucht, den Umfang des Proteststreikes möglichst zu verkleinern. Wahrheit ist, daß in allen großen Betrieben Münchens, mit Ausnahme der lebenswichtigen, nicht gearbeitet wird, und daß die Zeitungen seit Sonnabend nicht erscheinen. Nur zwei kleine Ersatz-Nachrichtenblätter und die sozialdemokratischen Zeitungen sind erschienen. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik heute Montag auf ganz Bayern übergreift.

In Berlin finden Protestkundgebungen gegen die Münchener Mordtat und das reaktionäre Regiment in Bayern ebenfalls Montag nachmittags um 5 Uhr statt. Die Mehrheitssozialisten werden sich in sechs großen Sälen versammeln und von dort aus einen gemeinsamen Aufruf veranlassen. Die Unabhängigen versammeln sich um 5 Uhr auf dem Schlossplatz. Die Gewerkschaften fordern zur Teilnahme an diesen Kundgebungen auf. Der Abgeordnete Ledebour ist nach München zur Trauerfeier gereist.

Ein starkes Stild.

Jetzt auf der ersten Seite der deutschnationalen „Schlesischen Tagespost“ prangt heute folgende Auslassung:

„Berlin, 12. Juni. (Drahtmeldung der „Schles. Tagespost“.) Aus Kreisen, die Münchener maßgebenden Stellen (11 Red. Volksmacht) nahesteht, wird berichtet: Die fortschreitende Unterjochung des an dem Abgeordneten Gareis begangenen Verbrechens fördert immer mehr Anhaltspunkte für den Verdacht zutage, daß

Gareis auf Anstiften der Sicherheitssozialisten ermordet worden ist. Innerhalb dieser Partei Münchens hatte man den Abbruch, den der geistig überragende Unabhängige den mehrheitssozialistischen Bestrebungen in wachsendem Maße verurteilte. (Rückgang der USP um 50 Prozent im letzten Münchener Berichtsjahre, gleichzeitig Wachsen der SPD. Volksmacht) längst mit heimlicher Bitterkeit vermerkt. Diese Tatsache legte den Gedanken nahe, den unbedeutenden Mann als Opfer auszuwählen, nachdem man einmal erschlossen war, die Erregung der Massen durch ein Verbrechen aufzupreien, um durch das Drahtmittel des Generallstreiks die bürgerliche Regierung zu stürzen.

weil gesetzmäßige Wege offensichtlich nicht zu diesem Ziele führen konnten. In welcher Weise man vorgeht, um den Verdacht der Täterschaft von der eigenen Fraktion auf die Rechtsnationalen abzulenkten, wird hoffentlich durch die Untersuchung eingehend aufgeklärt werden.“

In München selbst wird man solches Zeug kaum zu behaupten wagen. Die Mordhefte der Rechtspresse in den letzten Tagen ist dort in aller Gedächtnis. Wir machen unsere Münchener Genossen darauf aufmerksam, welche Spiegelmache ihre amtlichen Stellen in anderen Orten zu verbreiten wagen, vorläufig durch kleine Balkenblättchen, in Kürze vielleicht auch in der weitesten Öffentlichkeit.

Freispruch auch im 5. Kriegsverbrecherprozeß.

Im Prozeß Rambohr wurde Sonnabend nachmittags das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Reichsstaatskasse auferlegt. Der Parteipost wurde aufgehoben.

In der Urteilsbegründung führte der Senatspräsident Dr. Schmidt u. a. folgendes aus:

„Mag auch Anlaß zu dem bringenden Verdacht vorgelegen haben, daß der Angeklagte bei der Vernehmung der jugendlichen Personen, um sie zu Zugeständnissen zu bringen, unerlaubten Zwang angewendet habe, was durch den § 343 des Reichsstrafgesetzbuches als schweres Verbrechen mit Zuchthaus bestraft wird, so ist doch kein ausreichender Beweis für einen bestimmten Einzelfall erbracht worden. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen im einzelnen und in ihrer Gesamtheit ist auf das wesentlichste beeinträchtigt durch die Feststellung, daß eine ganze Reihe von Zeugen bewußt oder unbewußt die Unwahrheit gesagt haben bei der Schilderung von Vorgängen, die sich nicht ereignet haben können. Die Zeugen standen in einem Alter, das aus psychologischen und physischen Gründen geeignet ist, ihre Glaubwürdigkeit herabzusetzen. Die Angaben der Kinder haben keine Unterstützung gefunden durch den objektiven Befund, wie er durch die Ärzte festgestellt worden ist. Sehr schwerwiegend war auch die Aussage der mit der Uebernahme der Gefangenen speziell beauftragten Zeugen, denen nicht eine einzige Frage zu Ohren gekommen ist, oder daß der Angeklagte Verdächtige widerrechtlich der Freiheit beraubt habe. Es ist nicht zweifelhaft, daß er objektiv zur Festnahme der jugendlichen Täter insoweit berechtigt war, als er einer Präventivmaßregel zu bedürfen glaubte, um die Wiederholung von verbrecherischen Anschlüssen auf die Eisenbahn zu verhindern. Von dieser Absicht wurde Rambohr in der Hauptsache geleitet und es ist ihm nicht zu widerlegen, daß er völlig davon durchdrungen war, gänzlich dazu berechtigt zu sein, wenn er die Verdähteten bis zur Abgabe an die befugte Stelle glaubte festhalten zu müssen. Das Gericht ist überzeugt, daß der Angeklagte pflichtgemäß zu handeln glaubte, ist das aber der Fall, dann entfällt die Strafbarkeit seiner Handlungen, denn es scheidet das Moment der bewußten Widerrechtlichkeit aus.“

Sozialdemokratische Forderungen an die Justiz.

Bei der Beratung des Justizetats wurden von sozialdemokratischer Seite folgende Anträge gestellt:

„Die preussischen Gefängnisverwaltungen dürfen die Ausführung von Arbeiten außerhalb ihres eigenen Bedarfs und zur Kultivierungszwecken nur zu Bedingungen übernehmen, denen die Löhne der freien Arbeiter des in Betracht kommenden Berufes zugrunde gelegt sind.“

Außer dem vorstehenden Antrag wurde nachstehender Antrag angenommen:

„Bei Strafen über 6 Monate ist das Körpergewicht jedes Strafgefangenen bei seiner Aufnahme und fortlaufend in monatlichen Zwischenräumen festzustellen und jedem Gefangenen sofort mitzuteilen.“

Annahme fand weiter ein gemeinsamer Antrag, der sich ursprünglich gegen Klagen von sozialdemokratischer Seite richtete, den aber abzulehnen keine Veranlassung vorlag:

„Das Staatsministerium zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Vormünder, die in der Öffentlichkeit gegen Gerichtsbarkeit oder richterliche Handlungen erhoben werden, durch das Justizministerium sofort einer Nachprüfung in der Richtung unterzogen werden, ob die in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen, sowie, daß die Öffentlichkeit stets mit größter Beschleunigung über den wahren Tatbestand aufgeklärt wird.“

Von den abgelehnten Anträgen verdient der folgende vermerkt zu werden:

„Den Justizminister aufzufordern, einen Plan auszuarbeiten, nachdem in Veränderung des G. V. G. hervorragend befähigte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Abiegung der Gerichtsprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, die nicht den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang durchgemacht haben.“

Nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch das Zentrum mit samt seinen Arbeitervertretern stimmten gegen den vorstehenden Antrag.

Ersteinstimmig fand der folgende deutschnationaler Antrag außerhalb dieser Partei keine Unterstützung:

„Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, sich dafür einzusetzen, daß die zur Zeit bestehenden Beschränkungen in der Zulassung der Rechtsanwälte bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten unverzüglich aufgehoben werden.“

„Räumungspläne“ der Interalliierten Kommission?

Die Interalliierte Kommission verhandelt gegenwärtig inoffiziell anscheinend zu gleicher Zeit mit den Insurgenten und mit dem Selbstschutz über die Räumung des Abstimmungsgebietes von allen „bewaffneten Zivilisten“. Soweit ihre Absichten erkennbar werden, wünscht sie wohl einen fast gleichzeitigen Rückzug der Insurgenten und des Selbstschutzes in möglichst kurzen Fristen.

In der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens wird der Vorschlag, den Selbstschutz im gegenwärtigen Augenblick zurückzuziehen, mit großer Besorgnis aufgenommen. In den Kreisen des Zwölfersausschusses der deutschgefinnten Bevölkerung Oberschlesiens, in dem bekanntlich alle Parteien und Gewerkschaften des Landes vertreten sind, wird der Standpunkt vertreten: Wenn der Aufstand restlos und wirksam niedergeschlagen und der Rechtszustand wieder hergestellt sei, sei die Auflösung des Selbstschutzes, der dann seinen Zweck erfüllt habe, selbstverständlich. Dieser Zeitpunkt sei aber erst gekommen, wenn die Insurgenten tatsächlich entwaffnet und die Zehntausende über die Grenze geflohenen polnischen Soldaten und Bandenmänner entfernt seien. Und wenn die Grenze gegen Polen wirksam und lückenlos gesperrt sei. Voraussetzung sei auch die Bildung einer Polizeitruppe mit fester zentraler Leitung aus solchen Leuten, die sich in keiner Weise an dem polnischen Aufstand beteiligt hätten. Auch die englischen Zeitungen betonen, daß gegenwärtig die grüne Apo-Uniform von Tausenden von Insurgenten getragen wird. Dazu kommt die Gefahr des Le-Rond'schen Planes, „Ortswehren“ oder „Gemeinbewachen“ einzusetzen, die in zahlreichen ländlichen Bezirken Oberschlesiens und einem Teil des Industriegebietes wieder nur die Insurgenten umfassen und diesen die weitere Bewaffnung in „rechtmäßiger“ Form sichern würden. Eine solche Form polizeilicher Sicherung wird von der deutschen Bevölkerung als schwerste Bedrohung abgelehnt. Als Voraussetzung der Wiederkehr des Rechtszustandes wird auch die Einleitung von Strafverfahren gegen die am Aufstand Schuldigen angesehen. Nachdem Oberschlesien jetzt in kurzer Zeit drei schwere Aufstände mit immer größeren Blutopfern durchgemacht habe, glaubt man durch eine allgemeine Amnestie jeden Rest von Rechtsgefühl zu gefährden. Schließlich ist man sich auf deutscher Seite einig über die Notwendigkeit, die von den Insurgenten geschaffenen Verwaltungseinrichtungen, durch die die Polonisierung Oberschlesiens auch in den Kreisen mit deutscher Mehrheit erreicht werden soll, zu beseitigen, ehe die deutsche Bevölkerung auf ihren Selbstschutz verzichten kann, und ebenso über die Notwendigkeit, ausreichenden militärischen Schutz gegen nationalen Terror zu garantieren, der die deutschen Arbeiter in einer Reihe von Großbetrieben an der Arbeitsaufnahme hindert.

Es dürfte sich in diesen Tagen entscheiden, ob die Interalliierte Kommission bereit ist und sich auch schon in der Lage fühlt, solche Garantien für Leben und Sicherheit der deutschen Bevölkerung zu bieten, und ob sie bereit ist, die Vermittlung des geeulten Volkes dadurch zu fördern, daß sie ihm durch geeignete Fristen die Möglichkeit gewährt, sich von der Erfüllung dieser Forderungen zu überzeugen.

Die gewalttame Polonisierung des Aufstandsgebietes.

WRS. meldet aus Kattowitz: In den Städten und Dörfern des von den Insurgenten besetzten Gebietes werden die Bewohner durch Androhung schwerer Strafen gezwungen, die polnische wehrlose Flage zu hissen. Sind die Straßen dann geflaggt, so erscheinen Inspektoren, um Ausnahmen zu machen, die dem Auslande, der Interalliierten Kommission und den neutralen Pressevertretern als Beweis für die polnische Gefinnung Oberschlesiens dienen sollen. So prangen Bismarckstraße und Jansenstraße seit den letzten Tagen in den wehrlosen Farben. Beide Orte haben bei der Abstimmung eine große deutsche Mehrheit ergeben.

Es ist eine Verordnung ergangen, die in wortgetreuer Uebersetzung wie folgt lautet: „Verordnung! Es wird hierdurch verordnet, daß alle Aufschriften und Firmenschilder der Kaufleute, die in deutscher Sprache geschrieben sind, bis zum 27. Juni d. Js. in polnische umgeändert werden müssen. Das ist zu tun auf weisem Untergrund mit weißer Farbe. Wer sich dieser Befehl Verordnung widersetzt, wird bestraft mit 5000 bis 10 000 Mark Geldstrafe oder mit drei Monaten Gefängnis. Reuherf, den 8. Juni 1921. (Ges.) Reclawozel, Walschmannsdorf.“

Aus dem Reiche.

Der deutsche und der französische Wiederaufbauminiſter verhandeln.

(Drahtbericht unſeres Berliner Büros.)

Die erſte Zuſammenkunft zwiſchen einem deutſchen und einem franzöſiſchen Miniſter ſoll am Dienſtag in Gießen zwiſchen Rathenau und Loucheux ſtattfinden. Gegenſtand ihrer Beſprechungen ſoll der Verſuch ſein, einen anderen Indez für die Wiedergutmachungszahlungen an Stelle der 26 %igen Ausfuhrabgaben zu finden.

Eine Rede Löbes für die Avignon-Gefangenen.

(Drahtbericht unſeres Berliner Büros.)

Die Kundgebungen für die Gefangenen in Avignon hatte am Sonntag im Luſtgarten Zehntausende von Berlin, meiſtens der Arbeiterbewegung Angehörige, zuſammengedrängt. Die Teilnehmer rüdten mit Muſikkapellen an. Die Feier wurde mit Reden der Arbeiterführer eröffnet, an die ſich die Reden von Vertretern aller Parteien ſchloſſen. Reichstagspräſident Löbe appellierte vor allem an den Präſidenten der franzöſiſchen Republik. Er möge das große Verhältniſſen zwiſchen den beiden Nationen fördern, indem er mit einem Heberſchritt die 115 Gefangenen befreie, wie es bereits mit den Bayern geſchehen iſt, und wie ja auch Deutſchland alle Gefangenen entlaſſen habe. Die Kundgebung verlief ohne Störung in voller Einmütigkeit.

Aus der R. P. D. ausgetreten.

(Drahtbericht unſeres Berliner Büros.)

In Köln in Weſfalen ſind die kommuniſtiſchen Stadtverordneten in den Schoß der Unabhängigen Partei zurückgekehrt, weil ſie mit der Vorſtandſchaft der Zentrale nichts zu tun haben wollen. Dieſer Vorgang iſt eine Folge des dieſjährigen Wutſches, der den kommuniſtiſchen Wählern die Fragen über die Ziele gewiſſer Arbeiterführer öffnete.

Die Beratung des Domänenetats.

Nach Erledigung des Juſtizetats begann der Hauptausschuß des Landtages am Sonntag mit der Beratung des Domänenetats. Genoffe Peters wies darauf hin, daß der Pachtpreis um verpachteten Domänen pro Hektar im Durchſchnitt 48 Mark betrage, während ſonſt der Pachtpreis auf viele hundert, ja ſogar tauſende von Mark ſteige. Er verlangte, daß endlich dem Beſitzer der Landesverwaltungen vom vergangenen Jahre zum mindereſtens verhältnißmäßige Rechnung getragen und angeordnet wird, die Pacht in Kataſterabgaben zahlen zu laſſen. Bei gutem Boden würde etwa 1 Zentner Getreide pro Morgen zur Abdeckung gelangen müſſen. Durch eine derartige Maßnahme ſoll unabhängig vom Steigen und Fallen der Preise wenigstens eine annähernd gerechte Pacht erzielt werden. Weiter ſei natürlich die immer weitere Ausdehnung der Selbſtwirtschaft der Domänen. Genoffe Peters ſagte dann, daß nicht genügend Einheitsarbeiten, die wertvolles Land und den Arbeitsloſen Arbeit bringen würden, vorgenommen worden ſind, trotzdem das Reich bei entſprechender Verſtärkung Preußens 2 1/2 Millionen Mark für die Einheitsarbeiten in Schwebſtand ſein zu Verfügung ſtelle.

Die Deutſchnationalen brachten im Hauptausschuß folgenden Antrag ein, der eine Hinterlaſſenſchaft des Genoffen Braun beſteht: Die Verſtärkung vom 24. März 1921 betr. Erhöhung der Domänenpachtpreise ſoll wieder aufgehoben, von beſonderen Jahresausgleichsrechnungen für nur 1915 ſtillgelegene Verpachtungen überhaupt abzulehnen und höchstens für die noch laufenden Pachtpreise eine Erhöhung des Pachtpreises von 50 Prozent bis höchstens 100 Prozent durchzuführen zu wollen.

Zugunſtlich ſind Zuſätze zu den Pachten von 200 Prozent eingeführt, die bei alten Pachtungen noch um weitere 47 Prozent und bei Neupachtungen um Zuſätze bis zu 50 Prozent erhöht werden können. Der deutſchnationale Abgeordnete Dr. Kauffhold greift die Erhöhungen an und zeigte an einem Beiſpiel, daß der Pachtpreis von früher 25 000 Mark den Beſtimmungen des Landwirtschaftsminiſters entſprechend auf 100 000 Mark geſtiegen iſt. Der deutſchnationale Redner forderte anſchließend die Durchführung von Kultivierungsarbeiten in umfangreichem Maße wie bisher. Zum Schluſſe wandte er ſich gegen die Anträge auf Selbſtwirtschaft der Domänen.

Genoffe Weber verlangte von dem Landwirtschaftsminiſter Auskunft bezüglich der Aufteilung der Domänen und der Abgaben von Land an die Städte. Weiter fragte er, ob der Reingewinn der Einheitsarbeiten nur zu gemeinnützigen Zwecken Verwendung findet. Eine ſcharfe Kontrolle dieſer Geſellſchaften erſcheint heute beſonders notwendig.

Ein Vertretertag der Jungſozialiſten.

Zugunſtlich des Reichsjugendtages rief der Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands im Ein-

vernehmen mit dem Parteivorſtand für Freitag, den 29. Juſt, nachmittags 3 Uhr, nach Bielefeld einen Vertretertag der jungſozialiſtiſchen Gruppen der SPD. ein mit folgender Tagesordnung:

1. Der Stand der jungſozialiſtiſchen Bewegung (Bericht-erſtatter Weimann).
2. Unſer Wollen (Referenten Müller-Magdeburg, Bach-Stuttgart). Zur Teilnahme an der Konferenz wählen die örtlichen Gruppen entſprechend ihrer Mitgliedszahl Delegierte, deren Adreſſen bis zum 10. Juſt dem Zentralbildungsausschuß mitzuteilen ſind, damit ihnen die Mandate überſandt werden können. Die Teilnahme an der Konferenz iſt nur den mit Mandaten verſehenen Delegierten möglich.

Alle näheren Einzelheiten über die Konferenz ſind aus dem Einladungſchreiben zu erſehen, das der Zentralbildungsausschuß an die örtlichen jungſozialiſtiſchen Gruppen gerichtet hat. Gruppen, die dieſes Schreiben noch nicht erhalten haben oder neu gegründet ſind, wollen es ſofort vom Zentralbildungsausschuß einfordern.

Gleichzeitig gibt der Zentralbildungsausschuß zur Verbreitung der Bielefelder Tagung eine Feſtſchrift heraus, in der alle Fragen jungſozialiſtiſchen Wollens erörtert werden ſollen. Die Feſtſchrift wird bereits Anfang Juſt erſcheinen. Beſtellungen werden ſchon jetzt entgegengenommen.

Die Volksfürſorge

Dieſt am 3. Juni im Sitzungssaal der Verlagsgesellſchaft deutſcher Konſumvereine m. B. ihre adre Generalverſammlung ab, über die wir erſt heute zu berichten in der Lage ſind.

Der Vorſitzende Bauer-Berlin eröffnete die Verſammlung und gab bekannt, daß nach der Feſtſtellung des anweſenden Notars Gabsz 137 Aktionäre mit 869 000 Mark Aktienkapital vertreten waren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorſitzende mit warmen Worten des im November vorigen Jahres verſtorbenen Aufſichtsratsmitgliedes, Herrn Adolf Seifert, Geſchäftsführer V. e. ſ. e. berichtete dann über das verfloſſene Geſchäftsjahr unter Bezugnahme auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Aus dem Bericht iſt zu entnehmen, daß im Jahre 1920 die Geſellſchaft eine außerordentlich gute Entwicklung genommen hat. Während in den Kriegsjahren nur ſehr ſchwer vorwärts zu kommen war, iſt ſeit Beendigung des Krieges ein zunehmender Aufschwung eingetreten. Im Jahre 1919 konnten 78 685 Anträge mit einer Verſicherungssumme von über 23 Mill., 1919 155 891 Anträge mit mehr als 91 Millionen und 1920 234 764 Anträge mit über 315 Mill. Mk. Verſicherungssumme herbeigeführt werden. Entſprechend dieſem Neuwachstum ſind die Einnahmen und die Prämienzerlegen gewachſen. Eine notwendige und erteilte Steigerung hat auch die durchſchnittliche Verſicherungssumme aufzuweiſen; während bis zum Ende des Krieges dieſe noch 240 Mk. betrug, iſt ſie in den letzten Monaten auf 1700 Mark geſtiegen. Die Erhöhung der Durchſchnittsverſicherungssumme iſt eine notwendige Folge der Geldentwertung, der Verteuerung der Lebenshaltung und der demzufolge eingetretenen Steigerung der Löhne. Durch die Steigerung der Verſicherungssumme war es möglich, die wachſenden Verwaltungsloſten tragen zu können. Die ſchweren gerade auf dem Verſicherungsgewinn die erhöhten Koſten laſten, beweist das Beſtreben der Konſumvereinegeſellſchaften, das Volksgeſchäft nicht mehr zu propagieren, ja ſogar abzubauen. Die Folgen kommen auch in den allgemein erniedrigten Dividenden, in einem Falle ſogar in der Unmöglichkeit, eine Dividende zu verteilen zu können, zum Ausdruck. Wenn es der Volksfürſorge auch in dieſem Jahre möglich iſt, 5 Prozent Rückvergütung zu gewähren, ſo nur durch eine planmäßige Sparmaßnahme und tatkräftige Unterſtützung und Mitarbeit. Den Redner können auch in dieſem Jahre die ſachgemäßen Zuſchreibungen, zuſammen mit dem Organisationsfonds erhält nur 34 251 Mark, womit er die feſtgeſetzte Höhe von 200 000 Mark wieder erreicht hat.

Die Verſammlung beſchloß einſtimmig, die Bilanz als richtig anzuerkennen und Vorſtand und Aufſichtsrat Entlaſtung zu erteilen.

Beſchloſſen wurde, den Ueberſchuß von 1 606 074,08 Mark gemäß § 36 des Geſellſchaftsvertrages, wie folgt zu verteilen:

1. dem geſchäftlichen Reſervefonds 5 v. H.	80 303,70 M.
2. dem Organisationsfonds	34 251,21 "
3. dem Reſervefonds 5 v. H.	80 303,70 "
4. dem Fonds für beſondere Reſerven 5 v. H.	80 303,70 "
5. den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital	40 000,00 "
6. der Gewinnreserve der Verſicherten 5 v. H. der 25 010 595,50 Mark betragenden Jahresrenten der mit Gewinnteiligung Verſicherten	1 250 529,78 M.

Der Reſt von 40 861,99 Mark iſt auf neue Rechnung vorzutragen.

Zum Reſtor wurde Baeklein-Hamburg einſtimmig wiedergewählt.

Als Erſatzmann für Herr Mendel-Hamburg, der an Stelle des verſtorbenen Herrn Seifert als ordentliches Mitglied in den Aufſichtsrat eingetreten iſt, wurde Herr Henry Everling-Hamburg gewählt.

Er lagen ſodann drei Anträge des Vorſtandes und Aufſichtsrates vor, und zwar:

1. Den Geſchäftsbericht der Volksfürſorge auf alle Arten der Lebensverſicherung auszuweiden,

2. Das Grundkapital der Geſellſchaft um 4 Millionen Mark zu erhöhen, und

3. den Geſellſchaftsvertrag entſprechend abzuändern.

Zu dieſen Anträgen berichtete Löbe, daß ſchon ſeit Jahren von vielen Seiten der Wunſch geäußert wurde, unſeren Betrieb auf die ſogenannte Großlebensverſicherung auszuweiten. Unter Berücksichtigung, daß für uns die Volksverſicherung (Kleine Lebensverſicherung) immer unſer hauptſächlichſtes Feld bleiben wird, haben doch die veränderten Verhältniſſe die Erweiterung der Verſicherungsmöglichkeit als eine Notwendigkeit erfordert. Bei der enormen Geldentwertung genügt einem großen Teil der mindereſtens beſtimmten Bevölkerung eine Verſicherungssumme von 5000 Mark (die höchſtmögliche in der Volksverſicherung), nicht mehr. Die bisherige Entlohnung der Verſicherungsbetriebe bietet die beſte Garantie ſo daß der Geſchäftserweiterung keine Bedenken entgegenſtehen. Verſicherungen werden demnach nach Tarif D von 5000 bis 20 000 Mark ohne ärztliche Unterſuchung und nach Tarif M von 5000 Mk. an mit ärztlicher Unterſuchung abgeſchloſſen werden können. Für die nach Tarif D Verſicherten beſteht eine Karenzzeit von 2 Jahren, jedoch ſoll beim Tode durch Unfall ſofort die volle Verſicherungssumme und bei einem Ableben des Verſicherten im zweiten Verſicherungsjahre die Hälfte, mindereſtens aber 5000 Mark, zur Auszahlung gelangen. Die Prämien werden nicht, wie bei der Volksverſicherung kaſſiert, ſondern ſollen von den Verſicherten direkt an das Hauptbüro eingekandt werden. Die Prämien ſind für ein Jahr zu entrichten, doch kann auch halbjährlich oder vierteljährliche Zahlungen, gegen Verſtattung der Mehrkoſten gewährt werden.

Der zweite Antrag, auf Erhöhung des Aktienkapitals, iſt die notwendige Folge der Geſchäftserweiterung, ebenſo die beantragte Änderung des Geſellſchaftsvertrages.

Nach längerer Ausſprache ergab die Abſtimmung die Annahme der drei Anträge mit mehr als Dreiviertel der abgegebenen Stimmen.

Die nunmehr beſchloſſene Geſchäftserweiterung wird, nachdem das Reichsaufsichtſamt für Privatverſicherung die Genehmigung erteilt und die gerichtliche Entlohnung erteilt iſt, der Volksfürſorge eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit eröffnen, die weiten Volkſtreifen zum Segen gereichen wird.

Ausland.

Die bedauerliche Volksabſtimmung.

In der „Neuen Züricher Zeitung“ leſen wir:

Stephane Lausanne hat es im „Matin“ der ſtaunenden Welt verkündet: Clemenceau iſt ſchuld daran, daß Oberſchleſen den Polen entfallen wurde! Jene, die 12 000 franzöſiſchen Jäger, die jetzt dort draußen das undankbare Amt der Ordnungsmacher verſehen, verdanken dieſes „metier imbecile et lamentable“ nur der bekannten Schwäche des Jäger, der im Juni 1919 den Präſidenten Wilson verließ, um Lloyd George zu folgen. So hat, Lausanne ſtellt es ſchmerzvoll und in ehrlicher Entſtaltung feſt, Frankreich den Deutſchen das Weſſigt gelieſert. Und es war doch alles ſchon in beſter Ordnung. Eine Untermiſſion hatte in der Friedenskonferenz beantragt, ganz Oberſchleſen aus ethnographiſchen, geographiſchen und hiſtoriſchen Gründen den Polen zuzuteilen. Ebenſo einſtimmig genehmigte die Konferenz, deren Beratungen nur ſelten von Sachkenntnis getriſt waren, dieſen Vorſchlag -- bis nach Poitiers, ein „lapidarer Satz“ Woodrow Wilsons das Gewiſſen der Staatsmänner in Aufruhr brachte: „Deutſchland kann Oberſchleſen nicht entbehren, Polen dagegen wohl.“ Lloyd George horchte auf und begann, ſich für das Problem zu intereſſieren. Im Oberſten Rat vertrat er den deutſchen Standpunkt, Clemenceau den polniſchen; Orlando ſchwieg und Wilson offenbarte ſeine ſtärkſte Seite: den Starrſinn. Was einmal angenommen ſei, bleibe Geſetz! Aber es blieb nicht Geſetz -- car M. Clemenceau ſaſa . . . et ſupra omnia in Heutet-Silence aux terribles hasards d'un plebiscite pour la France, en fin de compte, a l'Allemagne."

So berichtet Stephane Lausanne mit innerem Schauer im „Matin“. Schon früher einmal ſtellte er die Frage, warum man dieſes Weſſigt nachträglich erlaubt habe, da es doch heute zum Unglück aller Schwergewichte geworden ſei! Eine lammerdolle Logik für einen Publiſtiſten, der im Dienſte des Rechtes und der Gerechtigkeit zu handeln vorgibt, während er doch ebenſo einſeitige Intereſſen vertritt, wie die allduſtſchen Schreier. Kennst du „Matin“ die Abſtimmungszahlen aus Oberſchleſen nicht? Sind ſie ihm nicht Beweis genug dafür, daß jede andere Lösung als die Volksbefragung eine Vergewaltigung geweſen wäre? Wenn franzöſiſche -- und italieniſche -- Soldaten heute in Oberſchleſen ihr Leben hergeben müſſen, ſo trifft die Hauptſchuld daran die polniſchen Inſurgenten, die ſich über das Weſſigt glauben gewaltſam hinwegzuſetzen. Und wenn, ſo ſchließt das führende Schweizerblatt, Clemenceau jemals für dieſe Abſtimmung eingetreten iſt, wie Stephane Lausanne aus den Protokollen des Quai d'Orsay glaubt ſchließen zu müſſen, ſo ſei ihm das nicht als Verrat, ſondern als gerechte Tat hoch angerechnet.

Aus Wilna.

Die in Bräſſel unterbrochenen polniſch-litauſchen Verhandlungen ſollen nach einer Meldung des „Kurier Poranny“ am 21. Juni in Genf wieder aufgenommen werden.

Hungerland.

Von Georg Berner.

16] (Nachdruck verboten.)

Bläſte ſah den Steiger ganz unterwürdig an. Von ſeinem großen Mund war nichts zu hören. Die einzige Bezeichnung, die er zum größten Erkennen Karis hatte, daß er ſagte, die anderen wollten weniger bewegen mit ihm nicht arbeiten, weil er ſo viel Hunger, ſondern weil er allen ihren Jamben, ſich im „alten Verband“ zu organisieren, nicht ſagte. Beſonders Bergmann, der ja Vertrauensmann ſei, ſagte ihm ſeinen Tag in Ruhe.

Steiger Günther ſchwieg eine Weile ſtil, dann wandte er ſich an Bergmann und ſagte: „Ja, Bergmann, was ſagen Sie mir?“

„Frage Sie Böhm“, antwortete dieſer, „es iſt das genau ſo.“

Karl tief denn auch ſofort darzuſehen: „Herr Steiger, das iſt nicht --“, weiter kam er nicht, denn der Steiger wies ihn energieſch ab und ſagte kurz und knapp: „Vorläufig bleiben Sie ſeſſen. Sie müſſen ſich vertragen.“

Als die beiden weg waren, wandte er in ſeiner ſchwachen Stimme:

„Können wir ſagen Sie morgen dem Bergmann, Bläſte kommt an ſeinen Weg. Können Sie, ſo kann auch nicht, wie ich gerne möchte. Aber ſagen Sie den Mann darüber.“

„Und als hätte er ſo viel Hunger, dachte er ſich nur, mußte ſeine Mühe und ging aus der Stube.“

Karl hatte bisher bei der Organisation der Arbeiter wenig Aufmerkſamkeit geſchenkt. Es war ja ſeiner Zeit ſehr geſchäftig, der Organisation angehörend. Bergmann war es beſonders, daß die Steiger die Gewerkeſtellen in jeder Weife geſchäftig, beſtraften und auf alle Arten ſchikanierten, um ſie aus der Organisationsbewegung zu entfernen.

Wenn die Gewerkeſtellen nicht trauten, der erſte auch nicht von der Organisation. Nicht das Bedenken wurde er gewiſſig, ſondern die Idee in Karis Alter wurden ſchon in Ruhe geſprochen, da ſie den Karis die Notwendigkeit der Organisation noch ſagte, da aber erſtens von ihm gar zu ſehr ein ſolches

dasſes Wort geſagt werden konnte. Bei Karl kam noch hinzu, daß er beim Steiger am Monatsſchluß haſt, mit deſſen Jungem verſchied, ſo daß man ſchon deshalb ihm gegenüber ſchwieg.

Auch zu Hauſe hatte er in den letzten Jahren nichts mehr vom Verband gehört. Die der Vater noch lebte, war wohl manchmal davon die Rede geweſen. Aber Karl verſtand das gar nicht. Hieron noch nichts. Hingru kamen die Reden der Mutter, die die Organisationsarbeit als etwas Unnützes hinstellte, ſo daß er ſich ſchon aus dem ihm unbewußten Gedanken heraus, wußte, daß Vater und Mutter nicht ſich ſchweren zu mühen, um die Sache nicht zu verlieren.

Er hatte wohl ſchon Andeutungen gehört. Sein Onkel Krauſe gehörte der Organisation an, aber er glaubte das nicht. Sein Onkel war ſein Sozialdemokrat, der teillos wollte, das war ein ganz anſtändiger Mensch. Er trug ordentliche Kleidung, ſchlug und ſtraf wenig, und das widerſprach doch allem, was er bis jetzt über dieſe Leute gehört hatte. Solche Menſchen würden doch die Steiger nicht verſolgen.

Er hatte der ganzen Sache bisher wenig Aufmerkſamkeit geſchenkt, und wenn er mit anderen Vorſchlägen zuſammen war, genau wie dieſe das Wort Sozialdemokrat gebrannt, wenn ſie einen recht verſtändigen ſieherlichen Menſchen ſprachen wollten. Der Bergmannsverband in Bodman aber war die Sozialdemokratie. Das war etwas Selbſtverſtändliches für ihn.

Karl ſahte nun, wie er die Worte Bläſtes hörte, daß erſtens Karis und über den Verband für Bläſte Stellung nehmen müſſe. Aber alles andere in ihm ſprach für Bergmann und die verſchiedenen Kameraden. Das ſeiner Geſellen waren, ja das ſah er. Aber ſelbſt wollte er nicht. Im Gegenteil. Der „Kamerad Bittner“ hatte zwar ſchon im Karis geſprochen. Auf die Kameraden über die Sozialdemokraten ſchon ſehr geſprochen. Aber Bergmann und der andere waren große ehrliche Menſchen, gute Kameraden, die wenig ſuchten und konnten und ſehr auch nicht teilen wollten. Dieſe Gedanken hielten Karl durch den Sinn.

Und dann die Worte des Steigers. Wenn er ſonſt von den anderen Vorſchlägen hörte, wie Herr Steiger hinter den Organisationsarbeit, was recht wenig verdient wurde, ſagte er ſich, in ſeinem Karis gäbe es gar keine Verhandlung. Das ſagte gar nicht an Steiger. Dieſer dürfe ſie etwas gar nicht entkommen laſſen. Ja, er hatte weiter ſchweigend, er wußte ganz genau, daß Steiger

Günther, wenn er gewagt würde, daß er Sozialdemokrat im Karis habe, ganz ſcharf gegen dieſe vorgehe. Und nun ſprach der Steiger ſo. Gut, daß es niemand von ſeinen Freunden gehört. Die hätten ihn ſicher damit aufgezo-gen. Und weiter ſlogten keine Gedanken. Die hätten auch ſicher zu Hauſe davon erzählt, waren es doch Beamtenſöhne. Ah ſo! Deswegen hatte auch Steiger Günther geſagt: „Halten Sie den Mund darüber.“ Ein und der überlegte er. Zum Schluſſe ſagte er ſich, daß der Steiger ein ganz geſchäftliches Spiel treibe. Wenn das herauskam, war er wahrſcheinlich am längſten Steiger geweſen. Seiner Meinung nach hatte der Steiger die unbedingte Verſicherung, wenn von oben herunter gemüſſigt wurde, die Verhandlung zu beſtehen, es auch zu tun. Wenn auch einige Verſuchte, wie zum Beiſpiel ſein Kamerad Bergmann, darunter waren, ſo dürfte er auf dieſe keine Rückſicht nehmen. Er war eben Steiger und mußte die Intereſſen der Grube vertreten. Seine Hochachtung vor Steiger Günther, den er bisher als einen der beſten und tüchtigſten Menſchen angeſehen hatte, begann zu ſchwanken.

Die nächſten Wochen wollte Karl ganz beſonders aufpassen, ob er an ſeinen Kameraden nichts von der Geſchäftigkeit bemerkte, die die Sozialdemokraten an ſich haben. Aber die Arbeit ging in der bisherigen Weiſe weiter. Bläſte kam weg und der Friede und die Eintracht in der Kameradschaft waren hergeſtellt, daß er zufrieden war. Da auch in ſeinem Weſen nichts vom Verband geſagt wurde, glaubte er ſogar, Bläſte habe gelogen.

In dieſer Zeit wurde viel über die Wahlen der Knappſchafts-Komitee geſprochen. Die Leiſtungen, die die Knappſchaft den knappen Bergleuten, den Sozialen, Witwen und Waiſen gewährte, waren zu niedrig. Darin gab Karl den anderen recht, wenn ſie über dieſe Sache ſprachen. Hier mußten Forderungen geſchaffen werden, und das konnte nur geſchehen, wenn Kameraden als Knappſchafts-Komitee gewählt wurden, die ſich auch getrauten, ein Wort zu ſagen. Vor der Wahl beim Bergamt wurde tagtäglich darüber geſprochen. Wer aber dieſe anſtändigen Kameraden waren, die man wählen wollte, erfuhr er nicht. Die Knappſtreuen, deren Verein er auch angehörte, hatten ſchon lange die Männer beſtimmt, die gewählt werden ſollten. Karl konnte verſchiedene von ihnen. Es waren ganz vernünftige Leute, die ſchon viele Jahre Knappſchafts-Komitee waren. Aber er hatte noch nicht gehört, daß ſie energieſch für eine Erhöhung der Bezüge eingetreten waren.

(Fortſetzung folgt.)

Die Kämpfe.

Von zuverlässiger Seite wird uns gemeldet:

Am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, legte hartes Artilleriefeuer auf die Stadt Ratibor ein. Auch gestern wurde bei Ratibor gekämpft. Italiener haben bei Ratibor Artillerie in Stellung gebracht.

Aus Kreuzburg wird gemeldet: Sonntag, Nachmittag fanden ununterbrochen schwere Kämpfe zwischen der von den Engländern eingeleiteten deutschen Armee und den Insurgenten bei Wollschott. Die Insurgenten wurden zurückgeschlagen.

Die Zunahme des Handels der Vereinigten Staaten mit Deutschland.

Dem Hal-Jahresbericht der National City Bank, eines der größten amerikanischen Bankinstitute, entnehmen wir folgendes über die Ausfuhr des Handels zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten: Vor dem Krieg verkauften wir an Deutschland Waren im jährlichen Werte von rund 300 000 000 Doll. (genauer 352 000 000 Doll. im Jahre 1913 und 258 000 000 Doll. im Jahre 1910), während das bis heute vorliegende Zahlenmaterial für das Etatsjahr 1921 darauf hinweist, daß die Gesamtsumme nach Deutschland die Höhe von 400 000 000 Doll. erreichen und vielleicht übersteigen wird. In den mit dem März 1921 endigenden neun Monaten betrug die Warenausfuhr 312 000 000 Doll.; damit steht Deutschland nach Großbritannien und Frankreich an dritter Stelle unter den europäischen Ländern.

Die Einfuhren werden im Etatsjahr 1920 voraussichtlich sich auf etwa 100 000 000 Doll. belaufen gegen 185 000 000 Doll. im Jahr unmittelbar vor dem Kriege. Obwohl die Wirkung der dreiprozentigen Ausfuhrabgabe noch nicht übersehen werden kann, besteht Grund zur Annahme, daß der Gesamtwert der Einfuhr für das Etatsjahr 1921 rund 100 000 000 Doll. erreichen wird. Der Märzimport betrug 7 383 000 Doll. gegen nur 4 952 000 Doll. im Vormonat.

Die Hauptartikel des bis jetzt neu entwickelten Handels mit Deutschland sind auf der amerikanischen Seite Nahrungsmittel, Rohbaumwolle, Kupfer an anderer Rohstoffe, auf deutscher Seite Rohmetalle, Eisen, Kupfer, hauptsächlich für Düngungszwecke, Pelze, Glas, Handschuhe, Musikinstrumente, Lederwaren, verschiedene Mengen Rohstoffe, Spielzeug, Holzpapier und bestimmte Baumwollwaren.

Von besonderem Interesse sind Zahlenangaben für die Hauptartikel, die Deutschland nach den Vereinigten Staaten einführt. Die Zahlen des Handelsdepartements gehen für das Kalenderjahr 1920 folgende Mengen an: für 6 825 000 Doll. Chloralkali, für 7 041 000 Doll. Düngeerde, für 3 383 000 Kainit, für 4 436 000 Dollar Silberzucker, für 1 565 000 Doll. Kohlenstaub, für 3 086 000 Doll. Pelze und für 4 100 000 Doll. Spielzeug, davon für 1 551 000 Doll. Puppen und Puppenbestandteile.

Aus der Provinz Schlesien.

Provinzialauskunft.

Am Mittwoch, den 8. d. Mis., traf der Provinzialauskunft unter seinem Vorsitzenden, Fürsten von Hahnsfeld-Trachenberg zu einer Sitzung zusammen, der der Vorsitzende des gemeinsamen Provinziallandtages der Provinzen Ober- und Niederschlesien, Landrat a. D. Dr. von Gohler, beizuhnte.

Als Vertreter der Staatsregierung nahm an derselben der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien 3. m. m. teil; ferner wohnte derselben der kommissarische Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, Regierungspräsident Witt a. bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Landeshaupmann Mitteilung, daß nach einem Schreiben des Herrn Ministers des Innern der Provinzialauskunft möglichst weitgehend Ende d. Mis. zusammenberufen werden müssen, um die Wahlen zum Reichsrat gemäß Gesetz vom 8. Juni d. Js. über die Befestigung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vorzunehmen.

Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse ist zu berichten: Es wurden Beschlüsse gefaßt über den Bau von Straßen und Brücken an die Kreise Breslau, Hopserswerda, Jauer, Liegnitz, Müllersberg, Ohlau, Trebnitz, Rothenburg und die Landgemeinden Krositz, Kreis Müllersberg und Jägitz, Kreis Krositz bewilligt. Die Stellenbesetzung in Trebnitz, Kreis Freystadt, Krositz, Kreis Ohlau, Kreis Liegnitz, die Wittfrau Krositz in Krositz, Kreis Ohlau und der Renteneinpfänger Marfise in Krositz, Kreis Grünberg erhielten Unterstützung zum Wiederbeschaffung von gesunkenen Rindviehstücken. Dem Wunsch zur Förderung für die psychopathischen Kinder und Jugendlichen bei der Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge wurde eine Beihilfe bewilligt.

Dem Hausbesitzer Rothe in Neustadt O. S., dem Tischlermeister Bruchmann in Oberlaufung, Kreis Schönau, dem Hausbesitzer Klein in Görlitz und der Witwe Kreisler in Mittelsteine wurden die Fluktationsbeiträge ermäßigt, beziehungsweise erlassen.

Genehmigt wurden: Der Antrag des Kanalisations-Zweckverbandes Michalkowitz, Kreis Ratiboritz, der Landgemeinden Kauscha, Kreis Görlitz, Cunnersdorf, Kreis Hirschberg, Penzig, Kreis Görlitz, der Stadtgemeinden Schlawa, Kreis Freystadt, Lewin, Kreis Glatz, des Saganer Kreisvereins für Pflege und Erziehung verwahrloster Kinder, sowie der Kantonskasse des Kreises Keiße an die provinzielle Witwen- und Waisenfürsorgeeinrichtung, die Verteilung der Unterstützung für Lehrerinnen und Erzieherrinnen aus der Frl. v. Kramarschen Lebensversicherung für 1921, die Bewilligung eines weiteren Stipendiums für 1921 zur Förderung des Studiums der bildenden Künste, die Verwendung der für das Sommerhalbjahr 1921 zu Stipendien zur Verfügung stehenden Mittel als Prämien für Schüler der Akademie für Kunst und Kunstgewerbe nach dem Vorschlag des Lehrkörpers dieser Akademie, der Vertrag mit dem Vorstand des Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine der Provinz Schlesien über die Aufbarmachung der Gemeindefeststellungen für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft.

Kenntnis genommen wurde von den Rechnungsabläufen mehrerer Fonds und der Verteilung der einmaligen Unterstützung aus der Frl. v. Kramarschen Hauptkassierung für unbedeutende Lehrerinnen und Erzieherrinnen für 1921.

Gewählt wurden: Als Abgeordnete der Provinzialvertretung zur Mitwirkung bei den Geschäften der Rentenkasse für Schlesien die Provinziallandtagsabgeordneten Herren Bandmann und Krause als Mitglieder und die Herren Dr. Djalas und Bartels in Breslau als Stellvertreter; für das ausgeschiedene stellvertretende Mitglied der Vertreter der Arbeitnehmer, Herr Paul Seibold, der Arbeitsnachweisangestellte Herr Gustav Köbe in Breslau in den Verwaltungsausschuss des schlesischen Landesarbeitsamtes.

Der Provinzialauskunft hielt eine Erweiterung des Verwaltungsausschusses des schlesischen Landesarbeitsamtes durch Zuwahl von Leitern örtlicher Arbeitsämter vor der demnächst zu erwartenden reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweisens nicht für zweckmäßig, erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß der Leiter des zentralen Arbeitsamtes in Breslau, ferner als Vertreter eines mittelstädtischen Arbeitsamtes der Leiter des Arbeitsamtes in Liegnitz und als Vertreter eines ländlichen Arbeitsamtes der Leiter des Arbeitsamtes in Strahlen vorläufig mit beratender Stimme eingeladen werden. Sollte das Arbeitsnachweisgesetz eine Handhabe für die Zuwahl von Leitern der Arbeitsämter bieten, so soll ihre Zugehörung auch mit beschließender Stimme erfolgen.

Den Oberärzten Dr. Zuber und Dr. Wicht von der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Freiburg wurde zur Übernahme des Nebenamtes für Wahrnehmung sachverständiger Untersuchungen

bei den Versorgungsbehörden die jederzeit widerrufliche Genehmigung erteilt.

Es wurden in den Ruhestand versetzt: Der Landessekretär Schulz bei der Hauptverwaltung und Oberpflegerin Knechtel bei der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Breg vom 1. Juli d. Js. ab.

Angestellt wurden: Als Provinzialsekretäre die Büroanwärter Kottwitz, Langner, Weigelt, Seibel bei der Hauptverwaltung, Nuttmann, Schilling, Kinast, Wergan, Rastow bei der Provinzial-Feuerlokalität, Göhe, Janczel, Golla und Richter bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt; als Kanakisten, bezw. Kanakassistenten: der Kanakleibär Darwig bei der Hauptverwaltung, die Kanakleibäre Seefeld, Teich, Hurlig, Scheurich, Witton, und Fritze bei der Provinzial-Feuerlokalität, Albracht und Sommer bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Witwenbeamte Günter als Buchhalter bei der Landesbauinspektion Schweidnitz, der Techniker Wolfmann als Provinzial-Bauwart, der Landesbauinspektor Supper und der Provinzial-Bauinspektor Quander wurden zu Provinzial-Ingenieuren bei den Provinzial-Elektrizitätswerken ernannt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Juni.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands

veranstaltete im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung, zu der alle Arbeitseinsammler, Unfall-, Alters- und Witwenrentenempfänger eingeladen waren. Als Vertreter des Verbandes war Kollege Hoffmann erschienen, der mit verebten Worten die große Not und die trostlose Lage der Renteneinpfänger schilderte, die in der Kriegszeit und besonders jetzt in der Nachkriegszeit sich immer mehr verschlimmert hat. Hierauf verbreitete sich der Redner in ausführlicher Weise über Zweck und Ziele des Verbandes. Dabei wies er darauf hin, daß die bis jetzt 90 Tausend Mitglieder starke Organisation durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, sowie Eingaben bei den Behörden, durch Rechtschutz für die Mitglieder schon manchen Erfolg zu verzeichnen habe und daß die Mitglieder sehr wohl den Wert des Verbandes zu schätzen wissen. Soll aber eine durchgreifende Besserung eintreten, so ist dies nur möglich, wenn sich die bezeichneten Renteneinpfänger vollständig dem Verband anschließen. Redner forderte die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen, denn nur ein geschlossenes Zusammengehen kann zum Ziele führen. Der große Beifall zeigte, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die Ansprache ließ erkennen, daß sich die Renteneinpfänger ihrer Lage bewußt sind, jedoch auch hier in Breslau eine Ortsgruppe errichtet werden kann. Es wird nun Pflicht eines jeden Verbandeskollegen sein, sich regen an den Beratungen des Verbandes zu beteiligen und eifrig für dessen Ausbreitung zu wirken.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Vertammlung stattfinden wird, in der die Mitgliedsarten ausgegeben und die Beiträge entrichtet werden. Beitrittsbedingungen nehmen folgende Kollegen entgegen: E. Bernhardt, Lauenhagenstr. 159, vierten Stock, E. Hillebrand, Hildebrandstr. 16, B. Sternsdorf, Lemaistr. 6, A. Konrad, Margarethenstr. 17, dritten Stock.

* **Spende für Oberschlesien.** Auf Anregung des Arbeitgeberverbandes des Großhandels Breslau hat der Verein Breslauer Kolonialwaren-Großhändler eine Zahlung von 50 000 M. zu Gunsten der Hilfslieferungs-Oberschlesien beschlossen. Ferner werden Geldbeiträge überwiesen an den Vaterländischen Frauenverein Ratibor und an das Bankhaus G. Heimann, Graf Seibitzgüter, Verwundeten-Konto; auch Lebensmittel sind aus dem Kreise der Mitglieder geliefert worden. Die Bekreutete Ortsgruppe der Kolonialwaren-Großhändler in Duisburg schickt auf Anregung der Breslauer Ortsgruppe einen Wagon Lebensmittel an das Breslauer Sammellager des Vereins heimattreuer Oberschlesier. Der Verein Breslauer Kolonialwaren-Großhändler richtet an alle ähnlichen Fachverbände die herzlichste Bitte, sich ebenso zu beteiligen. Schnelle Hilfe tut dringend not.

* **Am Reiche der Mode.** Unter diesem Titel findet in der ersten Hälfte des August in den 54 Sälen des von Professor Poelzig erbauten Ausstellungsbauwerkes in Breslau eine alle Gebiete moderner Persönlichkeitskultur umfassende Ausstellung statt. Für die künstlerische Leitung des Unternehmens ist Professor Otto Haas-Heye, der Leiter der Modeschule am Berliner Kunstgewerbelehrer gewonnen worden. Im Rahmen der Modeschule finden neben anderen großen Veranstaltungen sportliche und gesellschaftliche Art zwei Gastkonzerte des auf 120 Mann verstärkten Orchesters der Berliner Staatsoper unter Leitung des Intendanten Max von Sillings und des Generalmusikdirektors Leo Blech, sowie unter Mitwirkung von Barbara Kemp und Arndt-Ober in der Jahrhunderthalle statt.

* **Zur Zurückziehung der Sammelersammler für Oberschlesien** macht der Provinzialpräsident darauf aufmerksam, daß die Erlaubnis wie die Zurückziehung nicht von ihm, sondern vom Regierungspräsidenten erfolgt sind, und daß nach Mitteilung der Hauptgeschäftsführung der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier die Sammelersammler deshalb zurückgezogen wurde, weil zwischen den Verbänden und den zuständigen Behörden in Berlin verhandelt wurde, um die Sammelersammler für das ganze Reich zu erhalten. Diese Verhandlungen sind jetzt abgeschlossen; die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, das Deutsche Rote Kreuz und der Bund der deutschen Grenzmarken-Schutzbund haben sich zu einer Zweckvereinigung für das Oberschlesien-Hilfswerk zusammengeschlossen und vom Staatsminister für die Reichswirtschaftsangelegenheiten die alleinige Erlaubnis zu Sammlungen für Oberschlesien erhalten.

* **Wagners in Grünliche.** Die Begegnung unseres Breslauer Lokalmotors Thomas mit Wagners, der man mit Spannung entgegen sah, endete im großen Obereisse nicht wie erwartet, mit spannenden Kämpfen, sondern verlief, da Thomas, der das 30-Kilometer-Rennen glänzend gewonnen hatte, Knieverletzung erlitt, und 5 Runden verlor, mit einem glatten Siege Wagners. Wagners, ein Schweizer und Belgier, holländisch-reichsten bei weitem nicht an die hohe Klasse unserer Fahrer heran. Den großen Preis gewann im Endlauf Wagner, während die Meisterhaft des Gaus 24 Runge (R. B. Adler) einheimste. Im Punktefahren für Berufsfahrer starteten 35 Fahrer, von denen Wagner mit 38 Punkten weitans der Beste war. Das Zweifelherrvorgabefahren holten sich Freiwald-Dinje und Berlin.

* **Die Große Deutsche Kunstausstellung,** die nach Schluß der technischen Messe bis Ende Juni täglich von 10-6 Uhr geöffnet ist, erfreut sich eines sehr regen Besuches. Auch Schulen und Vereine beschäftigen die hochinteressante Veranstaltung, die mit den Sondergruppen insgesamt 55 Räume umfaßt. Es wird noch hingewiesen, daß sich der Haupteingang auf der Westseite der Ausstellung befindet.

* **Konzerthaus Wagners.** Der neue Inhaber, Herr Frh. Suß, hat mit seinen Saisonen-Abenden den größten Erfolg. Es empfiehlt sich, Karten für die Sonderveranstaltungen in den Vorverkaufsstellen zu entnehmen, um den harten Andrang an der Abendkasse zu vermeiden. Heute Abend findet die offizielle Eröffnungsfesterei statt.

* **Hilfslieferer.** In einzelnen Orten Mittel- und des unbesetzten Oberschlesien, auch hier in Breslau, haben sich Vereine ober-schlesischer Hilfslieferer gebildet, die sich am vergangenen Montag in Gams zu einem Verband ober-schlesischer Hilfslieferer und Lehretinnen. Ein Breslau zusammengekommen haben. Der Verband zählt bereits 400 Mitglieder. Die Breslauer Ortsgruppe tagt jeden Dienstag, vormittags 10 Uhr, in dem an der Talsteigstraße gelegenen Pächtersen Lokale.

* **Erhängt aufgefunden** wurde am 10. d. Mis. früh in der Straßgasse durch einen dort Schwarzwaizer suchenden Knaben ein unbekannter Mann, der nur mit Hemd, Unterhose und Stümpfen bekleidet war und dessen Leiche schon seit acht Tagen dort hängen mag. An der linken Hand ist die Pulsader durchschnitten. Das weisse Oberhemd hat bunten Einsatz, die Unterhose ist von Trikot, die Strümpfe von brauner Baumwolle. Der Mann ist etwa 1,70-1,75 Meter groß, etwa 30 Jahre alt gewesen und hat blondes Kopfhaar und ebensolchen, kurz verfrähten Schnurrbart; über dem rechten Auge trägt er eine Narbe. Ob der Mann, als Leiche um die übrigen Kleidungsstücke beraubt worden ist oder ob an ihm erst ein Raubmord ausgeführt und die Leiche nachträglich aufgehängt worden ist, muß ebenso wie seine Persönlichkeit erst ermittelt werden. Die Leiche ist in das Breslauer Schauhause eingeliefert worden. Meldungen werden an das Polizeipräsidium, Schühbrücke 46, Zimmer 9, erbeten.

* **Kontaktdiebstahl als Probenamt.** Vor einigen Tagen mieteten sich 2 Männer, die sich als ober-schlesische Probenamte ausgaben, Sonnenstraße ein möbliertes Zimmer. Sie haben die erste sich bietende Gelegenheit benutzt, mehrere wertvolle Stücke für kleine Herrenzimmer (1,54 Meter), sowie verschiedene S. M. gekleidete Herrenmäntel zu stehlen und damit zu verschwinden.

* **Selbstmord oder Unglücksfall?** Am Sonntag wurde an der Schwarzwaizerbrücke in Wilhelmstr. die Leiche der Verkäuferin Magdalena Leuschner gefunden. Das 21 Jahre alte Fräulein, das aus Arnoldsbrunn bei Lissa stammte und in Breslau in Stellung war, hatte am Montag, den 6. Juni in gemieteter Gondel eine Fahrt auf dem Schwarzwaizer unternommen und war nicht mehr zurückgekehrt; man fand die Gondel auf dem Wasser leer vor; jetzt erst erweist es sich, daß das Fräulein ertrunken ist, ob durch eigenen Willen oder infolge eines unglücklichen Zufalls ist nicht aufgeklärt.

* **Der Drogenfahndung.** Der am 11. Juni, zwischen 10 und 10 1/2 Uhr, vormittags, 2 junge Burken in Mühlen, die einen Kellner mit sich führten, von Rehdiger Straße (Platz) abgefahren hat, wird vom Polizeipräsidium aufgefordert, sich unverzüglich im Zimmer 49 des Polizeipräsidiums zu melden. Hohe Belohnung wird ihm zugesichert.

* **Wieder ein Einbruch** während einer Beerdigung. Am 8. Juni waren die Inhaber der Wohnung des Vorstehers des Fleischer, Rehdigerstr. 12, in der Zeit von 3-5 Uhr nachmittags, an einer Beerdigung abwesend; da sind Diebe in die Wohnräume eingedrungen und haben mit sich genommen 900 Mark bares Geld und zwar aus den Sparfassen der Kinder, eine goldene Damenuhr mit silberner Kette, 1 silberne Herrenuhr und 1 Dugend Apfelfrüchte. Eine neue Mahnung, bei Teilnahme an Beerdigungen die Wohnung nie ohne Aufsicht zu lassen!

* **Neue Familiendieberei.** In diesen Tagen hat die Polizei wieder zunächst einen Arbeitsburken festgenommen, der seiner Mutter aus dem Kleiderschrank 250 Mark und seinem Onkel in Künersdorf, Kreis Oels, 600 Mark entwendet hat, um mit Gleichgesinnten und Weibern das Geld durchzubringen. — Sodann ist ein Hülfsgehilfe hinter schwedische Gardinen gefasst worden, der seinem Vater in Kolenthal 6000 Mark stahl, um sie in gleicher Weise zu verjubeln. Als die Polizei ihn sah, hatte er bereits 2000 Mark auf solche Art totgeschlagen den Rest konnte man dem Burken noch abnehmen und dem Vater zurückgeben.

* **Kasseltasche Diebstahl.** Eine Schneiderin meldete der Polizei, daß ihr am 7. Juni, abends, vor dem Haupteingang, 20 eine schwarze, gerippte Aktentasche, die 1 Dirmbleid (blau mit großen Rosen), 1 rosa seidene Kleid mit weißen Punkten, 1 Pompadour mit Perlenbesatz, verschiedene Putzgegenstände, Brot- und Zuckermarken enthielt, entwendet worden ist. Der Dieb ist ein Jude, den sie nicht kenne, der sich ihr aber in Freundschaft genähert habe und dem sie die Tasche zum Halten übergeben habe, als sie geschäftlich in das bezeichnete Haus zu gehen hatte.

* **In das Breslauer Polizeigefängnis** sind in der Woche vom 5. bis 11. Juni insgesamt 208 Personen eingeliefert worden, darunter eines Einbruchs 8, einfachen Diebstahls 10, Seherer 3, Betrugs 5, Unterschlagung 3, gewerblicher Unzucht 6, Schleichhandels 1, Reduzierung 4, Fahrdrabstahls 1, Betteln 1, Arbeitslosen 1, Erpressung 1, groben Unfugs 3, Körperverletzung 1, Fährliche Störung 10, Obszönität 9, Schmutz 3, Vagant 1 als Ausländer, Spionage 3, Landesverrats 16, Vergehens gegen § 175 St.-G.-B. 1.

Stadttheater.

„Carmen“.

Nachdem die arme „Carmen“ so vielfach von berufenen oder vielmehr unberufenen Gähngern mißhandelt worden ist, bedeutet das Gastspiel von Richard Taubert als Don Jose den feierlichsten und wohlwollsten Sühneakt für die freizügigen Vereinerkungen, denen der Geist dieser wahrhaft genialen Musik oft genug ausgeliefert war. Wir erinnern Richard Taubert geradezu als der ideale Vertreter des Don Jose. Damit ist eigentlich alles gesagt. Sein Tenor klingt frei von allen Hemmnissen, ist von elastischer Biegbarkeit und jammerartiger Weichheit, dabei voll heilighen Glanzes, in allen Lagen ausgeglichen, so daß der von ihm erzeugte Ton nicht nur einen Annäherungswert an die den Herosbringungsprojekte regulierende Klangvorstellung ausmacht, sondern der reiflos erfüllte künstlerische Wille ist. Dabei bleibt dem Schauspiel ein weites Feld offen, sich in einer temperamentvollen Weise zu äußern, wie wir es in Breslau seit den Zeiten eines Götter-Braun nicht mehr gewöhnt sind. Manche seiner Spielpositionen, zum Beispiel am Schluß der dritten Akte, waren hier ganz neu. Ebenso seine Vorliebe für breite Tempi, wenn es sich darum handelte, die farbenreichen Kantilenen in weicher Kurve auszuwachen zu lassen. Von dem Flutium, das von der Erscheinung des gastierenden Künstlers ausging, profitierten Marcello Koeseler mit ihrer an Details reichen Carmen und Jits Polka mit ihrer musikalisch sorgfältig präparierten Micaela am meisten. Karl Kubows Escamillo hatte noch mit Gewürzwehen zu kämpfen. Sollte er aber in Max K. H. H. Rollen sich hineinwachen und dieser auf Wilhelm Rodes Spuren wandeln können, so wäre diese „Schlebung“ eine nicht unwillkommene Lösung der baritonale Krise. Der Chor verhielt bei seinem gewohnten Schiedrian, so daß man vor der Wiederbelebung der „Carmen“ in der nächsten Spielzeit dem Chor eine Verjüngungskur empfehlen möchte.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir diejenigen Zuschriften aus unserer Leserschaft für die wir nur die prägnanteste Bemerkung übernehmen.

In meiner Zuschrift ist mir ein behauerlicher Irrtum passiert. Es handelt sich um das Friedrichs-Gymnasium. Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Dr. B.

Können die Badeanstalten nicht Sonntags wenigstens von 11-10 Uhr offen sein? Arbeitslose könnten als Aufsichtspersonal dienen. Am nächsten Sonntag sind hier 18 Personen beim Baden ertrunken.

Bereinskalender.

Naturfreunde. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus: Vorkurs-Stellung mit den Sektions-Oberleitern.
Deutscher Bauarbeiter-Verband. Mittwoch, den 15. Juni, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die innere und äußere politische Lage. 2. Unsere letzten Lohnverhandlungen. Gemeindefestliche.
Freie Religionsgemeinde, Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr: Gemeindeversammlung. Vortrag von Frau Julia G. H. H. Thema: „Die Gottesbeweise“.

Stadt-Theater.
Montag 7 Uhr:
„Joseph in Ägypten“.
Dienstag 7 Uhr:
„Eine Nacht in Stambul“.
Schauspielhaus.
Operettendühne. Tel. Ring 2545.
Sende und täglich 7 1/2 Uhr:
„Mascoffchen“.
Sonntag, d. 18. 6., 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die Flucht von Stambul“.
Sonntag u. täglich 7 1/2 Uhr:
„Die Postmeisterin“.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Paul Westermeyer
in
„Der Juxbaron“
Operettenszene
von Walter Kolko.
Ab 6 Uhr
steht den Herrschaften
der Naturgarten
zur Verfügung.

**Breslauer
Hedwig-Spiele**
Konzerthaus
Gartenstraße 39 41.
Dienstag,
Mittwoch,
Donnerstag,
7 Uhr abends, nur
3 Aufführungen
bei volkstümlichen
Preisen. 2538
Vorverkauf Barock,
Hainauer und ununter-
brochen an der Kasse
des Konzerthauses.

Dominikaner!!!
In herrlichen Garten-Variété!
Das neue Bombenprogramm
der 2650
Leipziger Bravour-Sänger
Res. D. D. D. K. K. D. D.
Paul Wallis, Sächs. Musik.
Erstklass. Quartett.
Solos und Duos.

**ZEPHER
KINO**
2 Riesenschlager
Heut letzter Tag!
4, 6, 8 Uhr:
Darwin
Das Weirästel Mensch
6 Akte
Außerdem:
Henny Porten
Kohlhiesels Töchter
4 Akte 2589

**Arbeiter
Konzert**
Mittwoch
u. Freitag
Bei
traul. **Periodenklärung**
erlangen Frauen mit neuen
höher wirkenden Mitteln.
Süßliche Preise
in **Gummiwaren**
Seitigen, Spülspitzen, Leib-
und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Pfg. Karte.
Frau B. Zander,
Mühlstein 10682
Gellertstraße 22, 1. Stod
an der Kaiserstraße.

**Kleine
Anzeigen**
in der
Volkswacht sind
billig und
erfolgreich

**Von der Reise zurück
Dr. Lewinsohn**
Facharzt für Nervenkrankheiten
Nikolaistr. 44/45,
Eingang Königsplatz.

Der unentzerrliche
Seite ist mein Name auf
einem Plakat vermerkt mor-
den, das zu einer Protest-
versammlung am 3. Juni auf-
forderte. Ich stelle hiermit
fest, daß ich dieser Sache ab-
solut fernstehe.

Clara Zils,
Parteilichärztin.
Wohnungstausch.
Wer tauscht von Breslau,
Strehler oder Ohlauerort,
nach Dels 2 Zimmer, helle
Küche, Entree, Gas, gegen
gleich große Wohnung ent-
scheidend. 2684
Kabinett und Entree.
täglich Hauptwerkstatt Dels.
Entscheiden klein, langhaariger
Jagdhund
braun-weiß (Cocker Spaniel),
abgeh. gegen Belohnung bei
Elnack, Neuborsitzstraße 2.

Der erkrankte junge Mann,
der am Dienstag, den 7., mit
12 Uhr, das Fahrrad, Marke
„Brilliant“, aus der Dienststelle
des hiesigen Anstaltsbetriebs,
Gellertplatz 3, mitgen. hat,
wird erkrankt, daselbst wieder
dort hin zurückzubringen. Im
Unterfangungsfall erfolgt Straf-
antrag. Für Ermittl. u. Ver-
schaffung wird hohe Belohnung
zugew. Angab. o. Präsenz.

Pfänder-Auktion. 6 228
Verlängerung nur bis 20. Juni.
Wanke, Mariamentstraße 6.
Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülspitzen
Irrigatoren 2543
Leib- und Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Katalog gegen Entsendung
von 1.-Mk.
Frau A. Gebauer
Breslau 6 V, Delsstraße 111.
Ecke Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Möbel
Schränke, Vertikos,
Bettstellen m. Matr.,
Sofas, Spiegel etc.
empfehlen
per Kasse, eventuell
Teilzahlung.
Karsunky & Co.
Rosenthalerstr. 2, 1.
gegenüber 2496
der Oderbrücke

In den meisten Fällen
schmerzloses Zahnziehen!
Zähne von 8 Mk. an
Füllung von 4 Mk. an
R. Barthel, Poststr. 1
Ecke Ohlauerstr.

**Kavaller-
Garderobe**
wenig getragen,
zum Teil Friedenwaren.
Neue Anzüge
fertig u. nach Maß, prima
Stoffe, teils Fabrikneu.
Bügel! Bügel!
43 Klosterstr. 43

Frauen-Artikel
Spülspitzen 25561
Irrigatoren
Leib- und Monatsbinden
Gummiwaren
für Damen und Herren.
Katalog gegen 50 Pfg. Karte.
Fr. Barthel, Breslau 7, V.
Sadowstr. 67

Zu kaufen gej.:
Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Kupfer, Zinn, Eisen, Stahl,
Blei, Messing, Nickel, etc.
Bestenfalls
Gerrenger-Garderobe:
Anzüge, Westen,
Gummihosen, etc.
auch Teil- und
Scheid-Anzüge
kauft Kattun.
Brandenburgerstr. 9, III.
Zum Verkauf:
Breslau 1, Delsstraße 111.
Ecke Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Familiennachrichten

Für die überaus große Teilnahme an der
Beerdigung meines teuren Gatten und für die
vielen Kranzpenden spreche ich hiermit allen
Teilnehmern meinen
besten Dank 2667
aus. Besonderen Dank den Kollegen des Zentral-
verbandes der Fleischer, den Genossen und Ge-
nossinnen vom Distrikt 6, der Begräbnisstätte
Archimedes Saal 3, der Federwerkstatt Linke-Hof-
mann-Werke, den Mietern des Hauses Märkische
Str. 106, seiner Chefin, sowie seinen Sportkollegen,
Herren Meißner und Richter und dem Prediger
Herrn Wolfsdorf.
verw. Frau Fleischerstr. **Ida Kotyrba.**

Straßenhändler! Wiederverkäufer! Händler!
1a Winterwolle, Eider schwarz, lose, grau, Länge 4.25 Mk.
Stornwolle, 1 Karton 100 Stück 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Mk.
Zaspelwolle, schwarz, weiß, roh 1 Pack 18, 18.50, 19, 19.50, 20, 20.50, 21, 21.50, 22, 22.50, 23, 23.50, 24, 24.50, 25, 25.50, 26, 26.50, 27, 27.50, 28, 28.50, 29, 29.50, 30, 30.50, 31, 31.50, 32, 32.50, 33, 33.50, 34, 34.50, 35, 35.50, 36, 36.50, 37, 37.50, 38, 38.50, 39, 39.50, 40, 40.50, 41, 41.50, 42, 42.50, 43, 43.50, 44, 44.50, 45, 45.50, 46, 46.50, 47, 47.50, 48, 48.50, 49, 49.50, 50, 50.50, 51, 51.50, 52, 52.50, 53, 53.50, 54, 54.50, 55, 55.50, 56, 56.50, 57, 57.50, 58, 58.50, 59, 59.50, 60, 60.50, 61, 61.50, 62, 62.50, 63, 63.50, 64, 64.50, 65, 65.50, 66, 66.50, 67, 67.50, 68, 68.50, 69, 69.50, 70, 70.50, 71, 71.50, 72, 72.50, 73, 73.50, 74, 74.50, 75, 75.50, 76, 76.50, 77, 77.50, 78, 78.50, 79, 79.50, 80, 80.50, 81, 81.50, 82, 82.50, 83, 83.50, 84, 84.50, 85, 85.50, 86, 86.50, 87, 87.50, 88, 88.50, 89, 89.50, 90, 90.50, 91, 91.50, 92, 92.50, 93, 93.50, 94, 94.50, 95, 95.50, 96, 96.50, 97, 97.50, 98, 98.50, 99, 99.50, 100, 100.50, 101, 101.50, 102, 102.50, 103, 103.50, 104, 104.50, 105, 105.50, 106, 106.50, 107, 107.50, 108, 108.50, 109, 109.50, 110, 110.50, 111, 111.50, 112, 112.50, 113, 113.50, 114, 114.50, 115, 115.50, 116, 116.50, 117, 117.50, 118, 118.50, 119, 119.50, 120, 120.50, 121, 121.50, 122, 122.50, 123, 123.50, 124, 124.50, 125, 125.50, 126, 126.50, 127, 127.50, 128, 128.50, 129, 129.50, 130, 130.50, 131, 131.50, 132, 132.50, 133, 133.50, 134, 134.50, 135, 135.50, 136, 136.50, 137, 137.50, 138, 138.50, 139, 139.50, 140, 140.50, 141, 141.50, 142, 142.50, 143, 143.50, 144, 144.50, 145, 145.50, 146, 146.50, 147, 147.50, 148, 148.50, 149, 149.50, 150, 150.50, 151, 151.50, 152, 152.50, 153, 153.50, 154, 154.50, 155, 155.50, 156, 156.50, 157, 157.50, 158, 158.50, 159, 159.50, 160, 160.50, 161, 161.50, 162, 162.50, 163, 163.50, 164, 164.50, 165, 165.50, 166, 166.50, 167, 167.50, 168, 168.50, 169, 169.50, 170, 170.50, 171, 171.50, 172, 172.50, 173, 173.50, 174, 174.50, 175, 175.50, 176, 176.50, 177, 177.50, 178, 178.50, 179, 179.50, 180, 180.50, 181, 181.50, 182, 182.50, 183, 183.50, 184, 184.50, 185, 185.50, 186, 186.50, 187, 187.50, 188, 188.50, 189, 189.50, 190, 190.50, 191, 191.50, 192, 192.50, 193, 193.50, 194, 194.50, 195, 195.50, 196, 196.50, 197, 197.50, 198, 198.50, 199, 199.50, 200, 200.50, 201, 201.50, 202, 202.50, 203, 203.50, 204, 204.50, 205, 205.50, 206, 206.50, 207, 207.50, 208, 208.50, 209, 209.50, 210, 210.50, 211, 211.50, 212, 212.50, 213, 213.50, 214, 214.50, 215, 215.50, 216, 216.50, 217, 217.50, 218, 218.50, 219, 219.50, 220, 220.50, 221, 221.50, 222, 222.50, 223, 223.50, 224, 224.50, 225, 225.50, 226, 226.50, 227, 227.50, 228, 228.50, 229, 229.50, 230, 230.50, 231, 231.50, 232, 232.50, 233, 233.50, 234, 234.50, 235, 235.50, 236, 236.50, 237, 237.50, 238, 238.50, 239, 239.50, 240, 240.50, 241, 241.50, 242, 242.50, 243, 243.50, 244, 244.50, 245, 245.50, 246, 246.50, 247, 247.50, 248, 248.50, 249, 249.50, 250, 250.50, 251, 251.50, 252, 252.50, 253, 253.50, 254, 254.50, 255, 255.50, 256, 256.50, 257, 257.50, 258, 258.50, 259, 259.50, 260, 260.50, 261, 261.50, 262, 262.50, 263, 263.50, 264, 264.50, 265, 265.50, 266, 266.50, 267, 267.50, 268, 268.50, 269, 269.50, 270, 270.50, 271, 271.50, 272, 272.50, 273, 273.50, 274, 274.50, 275, 275.50, 276, 276.50, 277, 277.50, 278, 278.50, 279, 279.50, 280, 280.50, 281, 281.50, 282, 282.50, 283, 283.50, 284, 284.50, 285, 285.50, 286, 286.50, 287, 287.50, 288, 288.50, 289, 289.50, 290, 290.50, 291, 291.50, 292, 292.50, 293, 293.50, 294, 294.50, 295, 295.50, 296, 296.50, 297, 297.50, 298, 298.50, 299, 299.50, 300, 300.50, 301, 301.50, 302, 302.50, 303, 303.50, 304, 304.50, 305, 305.50, 306, 306.50, 307, 307.50, 308, 308.50, 309, 309.50, 310, 310.50, 311, 311.50, 312, 312.50, 313, 313.50, 314, 314.50, 315, 315.50, 316, 316.50, 317, 317.50, 318, 318.50, 319, 319.50, 320, 320.50, 321, 321.50, 322, 322.50, 323, 323.50, 324, 324.50, 325, 325.50, 326, 326.50, 327, 327.50, 328, 328.50, 329, 329.50, 330, 330.50, 331, 331.50, 332, 332.50, 333, 333.50, 334, 334.50, 335, 335.50, 336, 336.50, 337, 337.50, 338, 338.50, 339, 339.50, 340, 340.50, 341, 341.50, 342, 342.50, 343, 343.50, 344, 344.50, 345, 345.50, 346, 346.50, 347, 347.50, 348, 348.50, 349, 349.50, 350, 350.50, 351, 351.50, 352, 352.50, 353, 353.50, 354, 354.50, 355, 355.50, 356, 356.50, 357, 357.50, 358, 358.50, 359, 359.50, 360, 360.50, 361, 361.50, 362, 362.50, 363, 363.50, 364, 364.50, 365, 365.50, 366, 366.50, 367, 367.50, 368, 368.50, 369, 369.50, 370, 370.50, 371, 371.50, 372, 372.50, 373, 373.50, 374, 374.50, 375, 375.50, 376, 376.50, 377, 377.50, 378, 378.50, 379, 379.50, 380, 380.50, 381, 381.50, 382, 382.50, 383, 383.50, 384, 384.50, 385, 385.50, 386, 386.50, 387, 387.50, 388, 388.50, 389, 389.50, 390, 390.50, 391, 391.50, 392, 392.50, 393, 393.50, 394, 394.50, 395, 395.50, 396, 396.50, 397, 397.50, 398, 398.50, 399, 399.50, 400, 400.50, 401, 401.50, 402, 402.50, 403, 403.50, 404, 404.50, 405, 405.50, 406, 406.50, 407, 407.50, 408, 408.50, 409, 409.50, 410, 410.50, 411, 411.50, 412, 412.50, 413, 413.50, 414, 414.50, 415, 415.50, 416, 416.50, 417, 417.50, 418, 418.50, 419, 419.50, 420, 420.50, 421, 421.50, 422, 422.50, 423, 423.50, 424, 424.50, 425, 425.50, 426, 426.50, 427, 427.50, 428, 428.50, 429, 429.50, 430, 430.50, 431, 431.50, 432, 432.50, 433, 433.50, 434, 434.50, 435, 435.50, 436, 436.50, 437, 437.50, 438, 438.50, 439, 439.50, 440, 440.50, 441, 441.50, 442, 442.50, 443, 443.50, 444, 444.50, 445, 445.50, 446, 446.50, 447, 447.50, 448, 448.50, 449, 449.50, 450, 450.50, 451, 451.50, 452, 452.50, 453, 453.50, 454, 454.50, 455, 455.50, 456, 456.50, 457, 457.50, 458, 458.50, 459, 459.50, 460, 460.50, 461, 461.50, 462, 462.50, 463, 463.50, 464, 464.50, 465, 465.50, 466, 466.50, 467, 467.50, 468, 468.50, 469, 469.50, 470, 470.50, 471, 471.50, 472, 472.50, 473, 473.50, 474, 474.50, 475, 475.50, 476, 476.50, 477, 477.50, 478, 478.50, 479, 479.50, 480, 480.50, 481, 481.50, 482, 482.50, 483, 483.50, 484, 484.50, 485, 485.50, 486, 486.50, 487, 487.50, 488, 488.50, 489, 489.50, 490, 490.50, 491, 491.50, 492, 492.50, 493, 493.50, 494, 494.50, 495, 495.50, 496, 496.50, 497, 497.50, 498, 498.50, 499, 499.50, 500, 500.50, 501, 501.50, 502, 502.50, 503, 503.50, 504, 504.50, 505, 505.50, 506, 506.50, 507, 507.50, 508, 508.50, 509, 509.50, 510, 510.50, 511, 511.50, 512, 512.50, 513, 513.50, 514, 514.50, 515, 515.50, 516, 516.50, 517, 517.50, 518, 518.50, 519, 519.50, 520, 520.50, 521, 521.50, 522, 522.50, 523, 523.50, 524, 524.50, 525, 525.50, 526, 526.50, 527, 527.50, 528, 528.50, 529, 529.50, 530, 530.50, 531, 531.50, 532, 532.50, 533, 533.50, 534, 534.50, 535, 535.50, 536, 536.50, 537, 537.50, 538, 538.50, 539, 539.50, 540, 540.50, 541, 541.50, 542, 542.50, 543, 543.50, 544, 544.50, 545, 545.50, 546, 546.50, 547, 547.50, 548, 548.50, 549, 549.50, 550, 550.50, 551, 551.50, 552, 552.50, 553, 553.50, 554, 554.50, 555, 555.50, 556, 556.50, 557, 557.50, 558, 558.50, 559, 559.50, 560, 560.50, 561, 561.50, 562, 562.50, 563, 563.50, 564, 564.50, 565, 565.50, 566, 566.50, 567, 567.50, 568, 568.50, 569, 569.50, 570, 570.50, 571, 571.50, 572, 572.50, 573, 573.50, 574, 574.50, 575, 575.50, 576, 576.50, 577, 577.50, 578, 578.50, 579, 579.50, 580, 580.50, 581, 581.50, 582, 582.50, 583, 583.50, 584, 584.50, 585, 585.50, 586, 586.50, 587, 587.50, 588, 588.50, 589, 589.50, 590, 590.50, 591, 591.50, 592, 592.50, 593, 593.50, 594, 594.50, 595, 595.50, 596, 596.50, 597, 597.50, 598, 598.50, 599, 599.50, 600, 600.50, 601, 601.50, 602, 602.50, 603, 603.50, 604, 604.50, 605, 605.50, 606, 606.50, 607, 607.50, 608, 608.50, 609, 609.50, 610, 610.50, 611, 611.50, 612, 612.50, 613, 613.50, 614, 614.50, 615, 615.50, 616, 616.50, 617, 617.50, 618, 618.50, 619, 619.50, 620, 620.50, 621, 621.50, 622, 622.50, 623, 623.50, 624, 624.50, 625, 625.50, 626, 626.50, 627, 627.50, 628, 628.50, 629, 629.50, 630, 630.50, 631, 631.50, 632, 632.50, 633, 633.50, 634, 634.50, 635, 635.50, 636, 636.50, 637, 637.50, 638, 638.50, 639, 639.50, 640, 640.50, 641, 641.50, 642, 642.50, 643, 643.50, 644, 644.50, 645, 645.50, 646, 646.50, 647, 647.50, 648, 648.50, 649, 649.50, 650, 650.50, 651, 651.50, 652, 652.50, 653, 653.50, 654, 654.50, 655, 655.50, 656, 656.50, 657, 657.50, 658, 658.50, 659, 659.50, 660, 660.50, 661, 661.50, 662, 662.50, 663, 663.50, 664, 664.50, 665, 665.50, 666, 666.50, 667, 667.50, 668, 668.50, 669, 669.50, 670, 670.50, 671, 671.50, 672, 672.50, 673, 673.50, 674, 674.50, 675, 675.50, 676, 676.50, 677, 677.50, 678, 678.50, 679, 679.50, 680, 680.50, 681, 681.50, 682, 682.50, 683, 683.50, 684, 684.50, 685, 685.50, 686, 686.50, 687, 687.50, 688, 688.50, 689, 689.50, 690, 690.50, 691, 691.50, 692, 692.50, 693, 693.50, 694, 694.50, 695, 695.50, 696, 696.50, 697, 697.50, 698, 698.50, 699, 699.50, 700, 700.50, 701, 701.50, 702, 702.50, 703, 703.50, 704, 704.50, 705, 705.50, 706, 706.50, 707, 707.50, 708, 708.50, 709, 709.50, 710, 710.50, 711, 711.50, 712, 712.50, 713, 713.50, 714, 714.50, 715, 715.50, 716, 716.50, 717, 717.50, 718, 718.50, 719, 719.50, 720, 720.50, 721, 721.50, 722, 722.50, 723, 723.50, 724, 724.50, 725, 725.50, 726, 726.50, 727, 727.50, 728, 728.50, 729, 729.50, 730, 730.50, 731, 731.50, 732, 732.50, 733, 733.50, 734, 734.50, 735, 735.50, 736, 736.50, 737, 737.50, 738, 738.50, 739, 739.50, 740, 740.50, 741, 741.50, 742, 742.50, 743, 743.50, 744, 744.50, 745, 745.50, 746, 746.50, 747, 747.50, 748, 748.50, 749, 749.50, 750, 750.50, 751, 751.50, 752, 752.50, 753, 753.50, 754, 754.50, 755, 755.50, 756, 756.50, 757, 757.50, 758, 758.50, 759, 759.50, 760, 760.50, 761

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 8 Uhr

in allen Distrikten

Distrikts-Versammlungen.

Kein Parteigenosse fehlt!

Schriftführer der Distrikte! Schleunigster Bericht über alle Distriktsveranstaltungen stets erforderlich.

Abteilung Wipplowitz (Distrikte 9 und 41) haben heute die Versammlung gemeinsam im „Kurgarten“, Frankfurterstraße. Redner: Genosse Müller.

Frauenleiterinnen. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6 (Eingang durchs Restaurant) Sitzung.

Sozialdemokratischer Distriktsabend. Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 Uhr. Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus. Es hat jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Zutritt. Gegenstand der Aussprache sind „Die sozialistischen Wirtschaftsprobleme“. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Jugendsozialisten! A. Teilnehmer! Morgen abend 7 1/2 Uhr Kurzausgabe des neuen Birnbaum im Vereinszimmer der Stehplatzhalle des Gewerkschaftshaus. Erscheinen dringend notwendig.

Die Ludoloverbrecher amnestiert!

Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Das Landgericht Breslau hat am 14. März wegen gefährlicher Körperverletzung den früheren Tambourmajor und jetzigen Hüftensystemen Max Walter zu 3 Jahren 6 Monaten, den Spielmann Biskup zu 4 Jahren und den Gefreiten Breßla zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Als die Kappisten im März 1920 die Herrschaft in Breslau an sich griffen hatten, rückte am 13. März das Freikorps Ludol ein, in welchem sich die Angeklagten als Spießkappe befanden. Der Angeklagte Walter als Vorgesetzter der Spielleute hatte die Aufsicht über die Gefangenen, die wegen Abstreifens von Plakaten, Verteilung von Flugblättern und Verteilens von Gewehren festgenommen worden waren. Mehrere von ihnen waren von Spießkappen erkannt worden, als Streikposten tätig gewesen und hatten über die Soldaten gelacht und gespöttelt. Walter hat es gebührend, daß die Mitangeklagten die eingekerkerten Gefangenen in größtlicher Weise mißhandelt haben, indem sie sie zwingen, mehrere Stunden lang mit dem Gesicht der Wand zugekehrt zu stehen, indem sie die Gefangenen hungern und dürsten ließen und sie mit Gewehrkolben und Artilleriepatronen blutig schlugen. Der Angeklagte Walter war bei den Mißhandlungen zugegen und hat sie gebilligt. Er wollte die Tat wie seine eigene und die Soldaten galten nur als sein Werkzeug. Wegen das Urteil hatten die Angeklagten Revision eingelegt, die von den Rechtsanwälten Dr. Czaja und Friedrich vertreten wurde. Das Reichsgericht schloß sich den Ausführungen der Verteidiger an und stellte das Verfahren auf Grund der Amnestie vom 1. August 1920 ein. In der Urteilsbegründung heißt es, es sei festgestellt, daß die Ludoltruppe tatsächlich im Dienste der Rappregierung stand, die sich während des Aufstandes in Breslau geltend gemacht hatte und zur Herrschaft gelangt war. Es handelte sich darum, daß die Truppen sich wehrten gegen die feindlichen Befestigungen, die sich gegen sie und gegen die Rappregierung richtete. Aus diesem Anlaß wurden die Gefangenen festgenommen. In der Tätigkeit der Angeklagten lag eine Zurückweisung der Anwehr, die sich gegen die Rappregierung richtete. Daraus, daß es hier um Taten handelte, die mit einem hochoverrechtlichen Unternehmen im Zusammenhang standen, kann kein Zweifel bestehen. Die Mißhandlungen durch die Angeklagten sind begangen als Vergeltung und zur Abschreckung. Politische Beweggründe sind auch dann nicht auszuschließen, wenn es sich um Handlungen handelt, die sich aus politischer Gegnerschaft entwickelt haben. Das ist hier der Fall. Die Handlungen sind hervorgerufen aus der allgemeinen politischen Lage und den Stimmungen und Vorstellungen der Angeklagten, die sie damals beherrscht haben. Aus der Gesamtlage ergibt sich, daß überall politische Beweggründe mitwirkend und bestimmend gewesen sind. Die Angeklagten haben in den Gefangenen ihre politischen Gegner. Die Amnestie vom 1. August 1920 mußte als Anwendung finden.

Das Breslauer Gericht hat seinerzeit auf Grund einer sehr genau geführten Beweisaufnahme ausdrücklich festgestellt, daß die Walter, Biskup und Breßla gewöhnliche Verbrecher waren, die lediglich aus Rache gehandelt haben und von keinerlei politischen Motiven geleitet wurden. Das Reichsgericht hat sich über diese tatsächlichen Feststellungen einfach hinweg gesetzt, und die Verbrecher zu den „Politikern“ gezählt, die unter die Amnestie fallen.

Das Urteil des Reichsgerichts ist ein Skandal, und als solcher zu werten. Es kennzeichnet unsere Rechtszustände. Das Verbrechen ist frei, wenn es von rechts her gegen den Staat und seine Bürger verübt wird. Welche Kreise dieser Freispruch noch ziehen wird, dürfte sich bald zeigen. Die Republik kann sich begraben lassen, wenn sie eine solche Art der Rechtspflege weiter bestehen läßt. Es genügt nicht, gegen solche Urteile zu protestieren; hier muß gründlich Wandel geschaffen werden. In unseren Genossen in der Regierung liegt es vor allem Dingen, diesen Wandel herbeizuführen.

Vor dem Messerladen.

Dicht gedrängt standen die Leute vor dem Schaufenster des Messerladens, und alle Augen waren auf das neu ausgestellte Riesentafelmesser gerichtet.

Ja, es war ein Prunk- und Schaustück, das Riesentafelmesser mit seinen vielen Teilen. Was für ein geschickter Mann mußte es gewesen sein, der es zusammengelegt hatte. Wieviel Nachdenken gehört sicher dazu, alle diese hundert Teile so gut passend zu machen und sie dann alle zwischen dieselben zwei Schalen anzuordnen! Hundert an einem Messer! Da war eine Riesenklinge, ein langer Dolch, ein Brotöffner, ein Federmesser, ein Fingernagelträger, ein Ölstermesser, eine Hippe, ein Radiermesser, eine Sühneraugenklinge, ein Linoleummesser, ein Lebermesser, eine Lanzette usw. Da waren große und kleine und breite und schmale und runde und spitze Messer und auch solche merkwürdig geformte Klingen, daß wohl mancher Beschauer nicht erriet, wozu sie gebraucht werden sollten. Und jede dieser Klingen war nicht etwa nur zum Spaß so oder so gebogen, o nein! Jede sollte ihren besonderen Zweck haben, und das ausdient: n war eigentlich das Kunstvollste an dem ganzen Messer.

Nicht wahr, zum Butterbrotstreichen hat man kleine und zum Schneiden des Bratens große Tischmesser. Laß dir einmal ein Obstmesser zeigen, womit man gut Apfelsinen schälen kann, und vergleiche das Obstmesser mit einem Rasiermesser. Oder denk an die Klinge, die der Schuhmacher gebraucht zum Beschneiden der Sohlen und lege sie in Gedanken neben das Gärtnermesser, womit die Zweige beschritten werden sollen. Oder vergleiche das Rasiermesser des Glasers mit der Sense, die der Bauer zum Grassmähen gebraucht. Welche Unterschiede in der Größe und der Form!

Alle diese vielen verschiedenen Sorten aber sind Messer und sie alle dienen zum Schneiden. Und doch sind sie untereinander so sehr verschieden!

Woher aber hat man alle diese vielen, vielen verschiedenen Messerformen? Ausgesonnen, mühsam ausgesonnen haben sie die Menschen. Und wieviele tausend Stunden mühen die Messerschmiede wohl daran herumstudiert haben, ehe sie die richtige Form für jedes Messer gefunden hatten, die Form, die für jeden besonderen Gebrauch die beste war!

Freilich, die meisten Menschen denken an solche Sachen nicht. Wer der Mutter zuseht, wenn sie in der Küche Bohnen schnippelt, dem mag wohl schon mal der Gedanke gekommen sein, warum denn über der ganzen Messerlänge ein dünner Eisendraht entlangläuft. Aber wieviel Bohnenschälereien erst nötig waren, damit ein Mensch auf den Gedanken kam, ein Messer extra nur fürs bequeme und gleichmäßige Bohnenschneiden zu machen, ahnen wir nicht. Und wieviel verlorene Versuche erst vorausgegangen sind, ehe der rechte Mann für das Bohnenmesser die rechte Form ausfinden konnte, wissen wir heute auch nicht mehr.

Lohnbewegung im Friseurgewerbe.

Vom Verbands der Friseurgehilfen wird uns geschrieben: Wie bei allen Arbeitnehmer-Verbänden, die gezwungen sind, mit Innungen zu verhandeln, ist es auch bei uns notwendig, in jeder Bewegung die Hilfe der Öffentlichkeit in Anspruch zu nehmen, umso mehr, als die Löhne im Friseurgewerbe tatsächlich kaum die Erwerbslosenunterstützung erreichen, und noch nicht 50 Prozent des Existenz-Minimums betragen. Sind doch Löhne von 105—135 Mark die Woche, ohne Kost, Logis und den anderen Zulagen das Höchste, was ein Friseurgehilfe oder eine Gehilfin verdienen kann. Ob man davon, ganz gleich, ob verheiratet oder unverheiratet, leben kann, das Urteil überlassen wir getrost dem Publikum. Außer einem Teil unserer Innungsmeister wird dies wohl niemand behaupten. Legen Erbes haben doch aber auch die Friseurgehilfen und -Gehilfinen ein Recht, wenn sie arbeiten, wenigstens das zu verdienen, was man heute zum beschriebenen Leben braucht. Die aus diesem Grunde den Arbeitgebern unterbreiteten Forderungen, ein Mindestlohn von 150 Mark die Woche und vollständige Sonntagsruhe lehnten sie ab. Es wurde aber mit der Tarifkommission der Arbeitgeber eine Vereinbarung getroffen, wonach sie sich dafür einsehen werden, Löhne von 120—150 Mark und 15 Mark für die Sonntagsarbeit bei ihren Innungen durchzuführen. Das Ergebnis der nächsten Sitzung der Organisationsleiter mit den Arbeitgebervertretern war, daß die letzteren jede Forderung der Gehilfenschaft ablehnten. Die Begründung, die sie dafür gaben, ist derart einseitig, daß sie verdient, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Sie lautet: „Da für die Arbeitgeber Wasser, Gas, sowie die gesamte Lebenshaltung immer teurer werden, ist es unmöglich, die Löhne der Gehilfenschaft zu erhöhen.“ Daß diese Erhöhungen auch die Arbeitnehmer treffen, scheinen die Herren nicht zu wissen. Die Ablehnung der Forderung wäre ja nichts neues, wenn hierbei nicht sonderbare Umstände mitspielen würden. Es ist Tatsache, daß die kleineren Geschäftsinhaber, also die wirtschaftlich schwächsten, bereit sind, die Forderungen anzunehmen, weil sie einsehen, daß die Gehilfenschaft mit den jetzigen Löhnen nicht auskommen kann. Die Inhaber der großen Geschäfte, ganz besonders die von Damengeschäften, also die Kapitalisten innerstädtisch unseres Berufs, dagegen sind es, die jede Forderung ablehnen. Auf der einen Seite wissen die Herren nicht, wie sie am schnellsten Geld für ihre Person ausgeben sollen, (Baderreisen u. dergl.), auf der anderen Seite weigern sie sich, ihre Angestellten, deren Arbeitskraft sie wohl auszunutzen verstehen, zu bezahlen. Oder glauben diese Herren gar, ein Lohn von 135 Mark sei eine Bezahlung? Wenn die Herren glauben, daß die Angestellten nicht in der Lage sind, ihre Forderungen durchzubringen, so würden sie ja bei einer Probe sehen, ob die Unkenntnis der Arbeitgeber, oder das Recht des Arbeiters auf Bezahlung seiner Arbeit siegen wird. Wir wollen den Kampf nicht, aber wenn wir gezwungen werden, so werden wir diesen Reaktionen, die bei jeder Gelegenheit das Recht der Angestellten mit Füßen treten, doch beweisen, daß auch die größte Geduld ein Ende hat. Wir spielen nicht mit dem Kampfe, aber die Arbeitgeber im Damenfach scheinen nicht zu wissen, daß auch die Kolleginnen Gewerkschaftler und nicht nur Friseurinnen sind. Das Publikum bittet wir zunächst auf keinen Fall mehr für die Bedienung in den Friseurgeschäften zu zahlen, als nicht auch die Angestellten einen erhöhten Lohn haben. Den Mehrbetrag für Bedienung sollte man lieber den Gehilfen und Gehilfinen als Trinkgeld geben, um durch dieses wenigstens die Angestellten vor der größten Not zu schützen. Ihr aber, Gewerkschaftsgenossen, laßt Euch bei Eurem Friseur das Verbandsbuch der Gehilfen zeigen und merket die Geschäfte, wo Ihr keinen organisierten Gehilfen findet. Wir werden in nächster Zeit die Geschäfte von organisierten und vor allem die, wo der Arbeitgeber seine Gehilfen gezwungen hat, aus der Organisation auszutreten, bekanntgeben. Unterläßt ihr in unserem gerechten Kampfe diese Solidarität, damit auch die Friseurgehilfen dazu kommen, von ihrer Arbeit wenigstens leben zu können. Denn der Einzelne ist zu schwach, nur die Masse hat die Macht.

Wagnon-Kriegsgefangenen-Sonntag.

Noch immer befinden sich 115 deutsche Kriegsgefangene Soldaten in Frankreich. Diese zu befreien, hat sich die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener zum Ziel gesetzt. Im ganzen Deutschen Reich fanden am Sonntag Kundgebungen statt, mit der Forderung zur Befreiung dieser unglücklichen Opfer des Krieges.

Auch in Breslau hatten sich am Sonntag Tausende von Frauen und Männern auf dem Schloßplatz versammelt, zu denen Pastor prim. Bedertke, die Kameraden Koesner, Keiler und Modler und der aus Wagnon zurückgekehrte Kamerad Thomalla sprachen.

Die Ansprachen der Redner klangen in folgender Entschlüsse:

„Die heute in Breslau versammelten deutschen Frauen und Männer haben mit tiefer Betrübnis und in gerechter Entrüstung Kenntnis davon genommen, daß die französische Regierung jetzt noch — 2 1/2 Jahre nach Beendigung des Krieges und beinahe 1 1/2 Jahre nach Friedensschluß — 115 deutsche Kriegsgefangene Soldaten im Zuchthaus von Wagnon und den Arbeitslagern von Cuers und May zurückhält, die dort die ihnen in der Kriegsgefangenschaft auferlegten jahrelangen Gefängnis- und Zuchthausstrafen abzuhängen haben. Während das Deutsche Reich sofort nach dem Waffenstillstand sämtliche in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen der alliierten Mächte in ihre Heimat zurückbefördert hat, einschließlich aller wegen gemeiner Verbrechen Verurteilten, müssen die Deutschen es dulden, daß 115 ihrer Brüder immer noch in französischer Kriegsgefangenschaft ihrer Freiheit beraubt sind und vor Sehnsucht nach ihrer Heimat und ihren Angehörigen die schwersten seelischen Qualen erleiden müssen.“

Die Vergehen fast aller Zurückgebliebenen haben nichts mit ehrenrührigen Verbrechen zu tun, sondern sind meist aus Not oder Nahrungsmangel oder zur Bemerktstellung der Klucht begangen worden und aus dem seelischen Zustand der Kriegsgefangenen zu erklären.

Die Verammlung fordert daher die deutsche Regierung auf, trotz aller bisherigen Mißerfolge erneut die Befreiung der deutschen Stammesbrüder in Wagnon zu fordern. — Unseren Brüdern in Wagnon aber rufen wir zu: Wir denken an Euch und werden nicht müde werden, für Eure Befreiung zu wirken.“

Die Versammelten gedachten aber auch der noch in Rußland weilenden deutschen Brüder und überlandten dem zuständigen Amt in Berlin folgende Entschlüsse:

„Die heute stattgefundene gewaltige Versammlung aller Bürger der Stadt hat mit Freude vernommen, daß die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland im letzten halben Jahre große Fortschritte gemacht hat.“

Die Versammelten begrüßen auch mit Genugtuung das Zustandekommen des zweiten Ergänzungsabkommens im gegenseitigen Austausch zwischen Deutschland und Rußland. Sie erwarten, daß der theoretischen Lösung auch die praktische Tat folgen wird, damit den jetzt im Donkosaken-, Terek- und Ukrainegebiet befindlichen 4000—5000 Reichsdeutschen und 40 000 Oesterreichern vor Beginn des neuen Winters die Heimkehr gekürzt ist. Die Versammelten bitten die Reichsregierung außerdem um schnelle Rückführung der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen. — Im besonderen erwartet die Versammlung, daß die deutsche Reichsregierung alles aufwendet, um auch für die deutschen Kriegsgefangenen in Wagnon den gleichen Erfolg zu zeitigen. Der deutschen Reichsregierung ist die Unterstützung für diese Arbeit in jeder Beziehung von Seiten aller Bevölkerungsschichten gewiß.“

Vor und nach den Ansprachen konzertierten einige Kapellen.

Vorortverkehr der Großstädte.

Das Breslauer Verkehrsamt schreibt uns: Der Bayerische Staat hat bei dem Reichsrat einen ausführlich begründeten Antrag gestellt, daß das Reichsverkehrsministerium ersucht werden solle, die Frage der Besondere für den Vorortverkehr, namentlich im Umkreis von Großstädten erneut einer Prüfung im Benehmen mit Sachverständigen und den Vertretern der Länder zu unterziehen. Wir haben den Reichsrat gebeten, indem wir schriftlich unsern Antrag an den Herrn Reichsverkehrsminister auf Einführung eines Vororttarifes für Breslau vom 10. Mai d. J. überlandt haben diesem Antrage zuzustimmen. Wir haben ferner die Preussische Staatsregierung und den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gebeten, durch die preussische Vertretung im Reichsrat darauf hinzuwirken, daß der Antrag Bayerns angenommen wird, damit die Angelegenheit im Sinne der Wohlfahrt der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung der Großstädte und ihrer Umgebung geregelt wird. Wir haben weiter den Deutschen Städtetag und die Abgeordneten des Bezirks Breslau um Unterstützung in dieser wichtigen Angelegenheit gebeten.

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Der Unterrichtskursus in Französisch wird — um anschließend von Teilnehmern des von 8—9 Uhr stattfindenden Englischkurses besucht werden zu können — immer Dienstag und Freitag von 9—10 Uhr in der katholischen Realschule, Nicolai-Stadigraben 20, parterre, stattfinden und beginnt am kommenden Dienstag, den 14. d. Mts. Wer noch teilzunehmen wünscht, melde sich am Dienstag bei dem unterrichtlichen Lehrer.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche statt: Dienstag, den 14. Juni, von 12—1 1/2 Uhr. Donnerstag, den 16. Juni, von 12—1 1/2 Uhr. Eingang Grünstraße 48. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung des Dokumentenschnitts, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* Die Ferien der Gemeinderschule sind wie folgt jetzt festgesetzt worden: Sommerferien: Schluß Freitag, den 14. Juli, Schulanfang Dienstag, den 16. August. Herbstferien: Schluß Freitag, den 30. September, Schulanfang Mittwoch, den 18. Oktober. Weihnachtsferien: Schluß Donnerstag, den 15. Dezember, Schulanfang: Dienstag, den 10. Januar 1922. Die Ferien der Volksschulen sind wie folgt neu festgelegt: Sommerferien: Schluß Donnerstag, den 14. Juli, Schulanfang Dienstag, den 16. August. Herbstferien: Schluß Freitag, den 30. September, Schulanfang Mittwoch, den 12. Oktober. Weihnachtsferien: Schluß Donnerstag, den 22. Dezember, Schulanfang Dienstag, den 19. Januar 1922.

* Pfandmarktscheine vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. November 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 31. Januar 1921 verloren; sie werden nur noch bis zum 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert.

* Post nach Kattowitz. Mit dem am 20. Juni von Kappel abgehenden Dampfer „Dmar“ findet eine Postbeförderung nach Kattowitz statt. Postschluß tritt bei der Auslastung in Kattowitz am 16. Juni, 8 Uhr abends für Einreichungsbriefe, 12 Uhr nachts für andere Sendungen, bei der Auslastung in Kattowitz am 17. Juni 1 Uhr mittags für Einreichungsbriefe, 9 Uhr abends für andere Sendungen ein.

